



### **III. Anlagen zum Haushaltsplan**

#### **1. Vorbericht zur Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2025**

<b><u>Inhalt:</u></b>	<b>Seite</b>
<b>1. Allgemeiner Teil (Einwohner, Fläche, Unternehmen, Personalstand)</b>	<b>2</b>
<b>2. Entwicklung</b>	
a) der Einnahmen aus Steuern, Umlagen und Gebühren	3-7
b) der Kreis- und Gewerbesteuerumlage und der Personalausgaben	8+9
c) der Schulden	10+11
d) der Rücklagen	12
<b>3. Eckdaten des Haushalts 2024 mit Finanzplan 2025-2027</b>	
a) Haushaltssummen, Zuführung zum Vermögenshaushalt	13+14
b) Einnahmen und Ausgaben nach Gruppen	15+16
c) Einnahmen und Ausgaben nach Aufgaben – VerwaltungsHH	17
d) Einnahmen und Ausgaben nach Aufgaben – VermögensHH	18
e) Bericht über die Haushaltsplanung und Haushaltslage	19
f) Warteliste	20
<b>3. Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen</b>	<b>21-24</b>
<b>4. Kassenlage im Haushaltsjahr 2023</b>	<b>25</b>

## 1. Allgemeiner Teil

## a) Entwicklung der Einwohnerzahl:

lt. Bayerisches Landesamt für Statistik, jeweils zum 31.12., ab 2023 Basis Zensus 2022

2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	30.06.24
12.171	12.239	12.193	12.213	12.210	12.386	12.053	12.240

## b) Entwicklung der Bodenfläche (ha):

Nutzungsart	2019	2020	2021	2022	2023	%
Siedlung	397	397	400	398	399	9,8%
darunter Wohnbau	161	161	166	167	166	4,1%
darunter Gewerbe	61	61	60	61	62	1,5%
Verkehr	163	163	162	162	163	4,0%
Vegetation	3.470	3.469	3.468	3.470	3.468	84,9%
darunter Landwirtschaft	2.055	2.055	2.054	2.054	2.054	50,3%
darunter Wald	1.307	1.307	1.307	1.306	1.306	32,0%
Gewässer	54	54	54	54	54	1,3%
<b>Bodenfläche gesamt</b>	<b>4.083</b>	<b>4.083</b>	<b>4.084</b>	<b>4084</b>	<b>4.084</b>	<b>100,0%</b>
dar. Siedlung/Verkehr:	533	534	533	532	533	13,1%

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik – Statistik kommunal 2023

[https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/statistik\\_kommunal/2023/09175115.pdf](https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/statistik_kommunal/2023/09175115.pdf), Nr. 19 Flächenerhebungen[https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische\\_berichte/a5111c\\_202300.pdf](https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische_berichte/a5111c_202300.pdf)

## c) Verkehrsstrecken:

Gemeindeverbindungsstraßen:	48,534 km
Ortsstraßen:	41,851 km
Gesamtlänge:	90,385 km
Gesamtfläche:	162 ha

## d) kommunale Unternehmen:

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben betreibt die Stadt Ebersberg in ihrem Haushalt folgende Regiebetriebe: Bauhof, Stadtgärtnerei, zwei Friedhöfe, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Blockheizkraftwerk (Schule, Hallenbad), Museum Wald und Umwelt mit Umweltstation, Hallenbad, Waldsportpark, Stadtbücherei, Offene Ganztagschule und eine gebundene Ganztagsklasse in der Mittelschule, Mittagsbetreuung in der Grundschule, städt. Photovoltaikanlagen und Versammlungsräume (Altes Kino, Stadtsaal, Bürgerhaus, Volksfesthalle).

Eigenbetriebe als Sondervermögen der Stadt oder andere Kommunalunternehmen führt die Stadt nicht.

Seit 2018 ist die Stadt mit einer Einlage in Höhe von 729.280 € an der EBERwerk GmbH & Co. KG beteiligt, zu der sich die Gemeinden im Landkreis zusammengeschlossen haben und die zusammen mit der Bayernwerk AG die EBERnetz GmbH & Co. KG als regionaler Stromversorger betreibt.

## e) Entwicklung des städtischen Personals:

Zahl der tatsächlich beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

zum 30.06.	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beamte	11	11	11	10	10	10	9	9	7
Beschäftigte	114	115	118	120	122	124	124	131	137
<i>darin enth. geringfügig Beschäftigte</i>	22	24	24	24	22	24	23	26	22
Duales Studium soziale Arbeit							1	2	2
Auszubildende	1	2	3	3	3	3	4	3	3
Summe:	126	128	132	133	135	137	137	144	149
<i>darin enth. Mitarb. in Teilzeit</i>					72	72	72	78	79

Differenzen zum jeweiligen Stellenplan ergeben sich dadurch, dass sich eine Stelle auch Mitarbeiter teilen können bzw. Stellen nicht besetzt sind.

## 2. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben:

### a) Entwicklung der Steuereinnahmen und -zuweisungen (Einzelplan 9, Hauptgruppe 0)

Die Beteiligung an der **Einkommensteuer und Umsatzsteuer** entspricht

- Für 2025 der Mitteilung des Bayer. Landesamts für Statistik über die voraussichtlichen Beteiligungsbeträge 2025 vom 11.11.2024.
- Für die Finanzplanung 2026 bis 2028 den Beträgen für 2025 unter Berücksichtigung der 167. Steuerschätzung vom 24.10.2024:

Steuerschätzung %	2025	2026	2027	2028
Umsatzsteuer	3,0	3,3	2,7	2,7
Gemeindeanteil ESt	7,7	5,7	5,6	4,8
Gewerbesteuer brt.	2,9	5,9	3,4	3,1

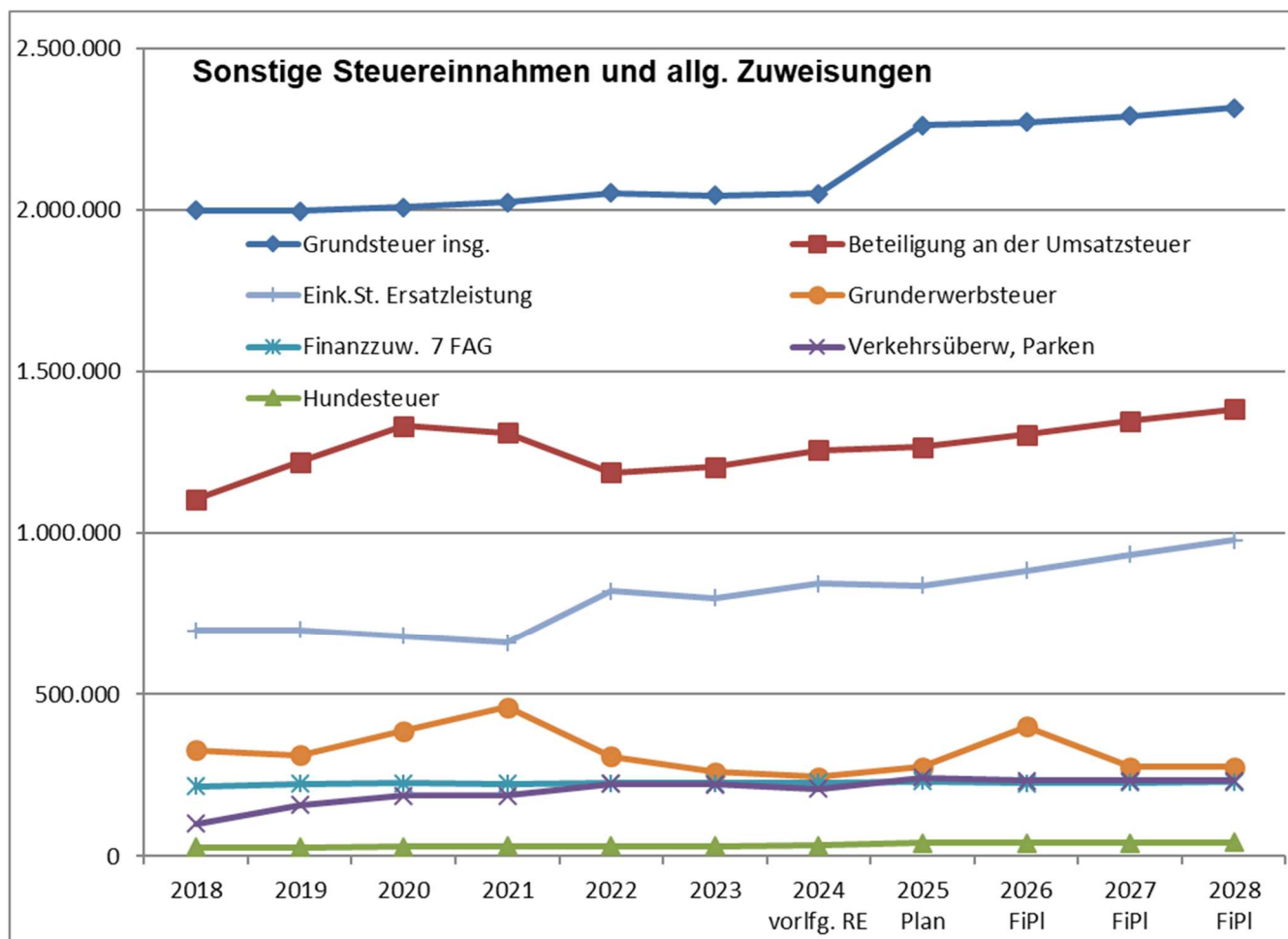
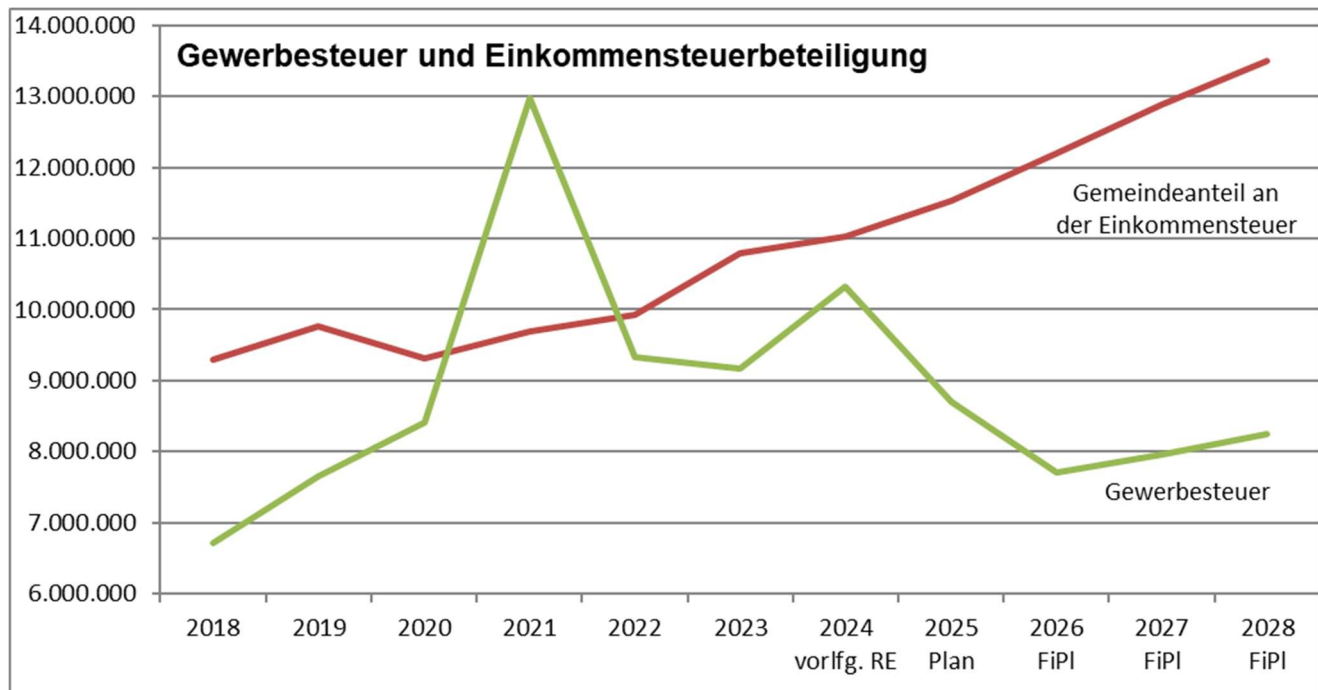
Mit Bescheid vom 05.12.2024 teilte das Bayerische Landesamt für Statistik mit, dass die Stadt für 2025 eine **Schlüsselzuweisung** von 102.408 € erhält. Eine Schlüsselzuweisung wird zum Ausgleich einer unterdurchschnittlichen Steuerkraft gewährt. Diese war im maßgeblichen Jahr 2023 anders als bisher (Ausnahme 2020 aus 2018) unterdurchschnittlich.

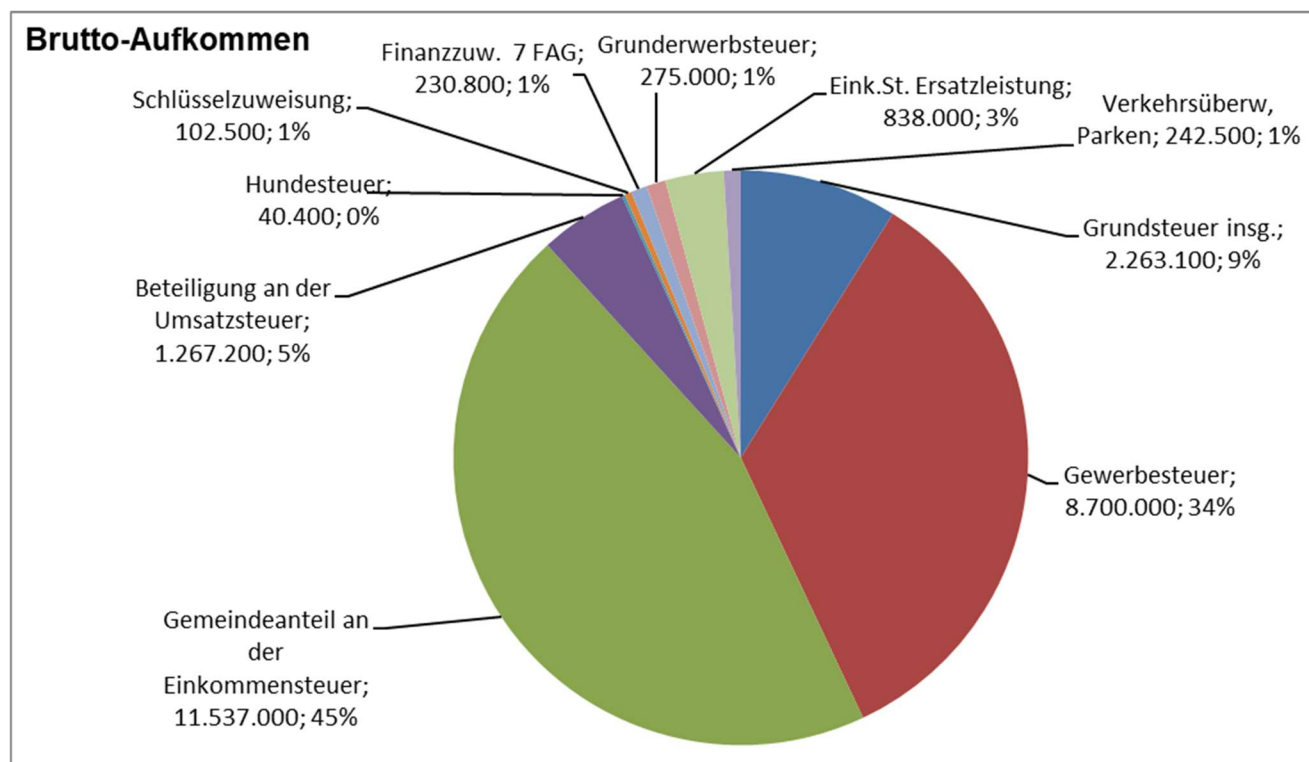
Der Hebesatz der **Grundsteuer A** (Forst- und Landwirtschaft) bzw. B (sonstige) wird für 2025 auf 450% angehoben, um den Haushalt um ein Mindestmaß (Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt) zu stärken. Aufkommensneutral zu 2024 wäre ein Aufkommen von 2,03 Mio €, dies sollte wie im Stadtrat vom 17.12.2024 dargelegt durch einen Hebesatz von 407,6 zu realisieren sein. Wie im Dezember 2024 fehlen aber nach wie vor für ca. 10% der Grundsteuerzahler noch die Bewertungen vom Finanzamt. So liegt das Aufkommen derzeit bei 1.727.309 €. Bei der Berechnung des Hebesatzes von 407,6 % im Dezember 2024 wurden die ausständigen Beträge analog der vorliegenden Änderungen grob geschätzt. Ob diese Schätzung zutrifft, wird sich wohl erst Ende 2025 zeigen. Den jetzigen Grundsteuerstand angepasst auf den Hebesatz von 450% würde ein Aufkommen von 1,906 Mio. € und somit immer noch 100.000 € weniger als bei einer Aufkommensneutralität ergeben. Es bleibt zu hoffen, dass die ausständigen Festsetzungen diesen Missstand beseitigen. Im Übrigen wäre das Aufkommen in 2018 und die zwischenzeitliche Inflation von 24,8% (Verbraucherpreisindex) betrachtet auch eine Hebesatzanpassung auf 500% gerechtfertigt, um in 2025 das gleiche wertgesicherte Aufkommen wie in 2018 darzustellen.

Der Hebesatz der Gewerbesteuer verbleibt wie bisher bei 360%.

Die Hundesteuer wurde im Rahmen der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zum 01.01.2025 von 60 EUR auf 80 EUR je Hund erhöht.

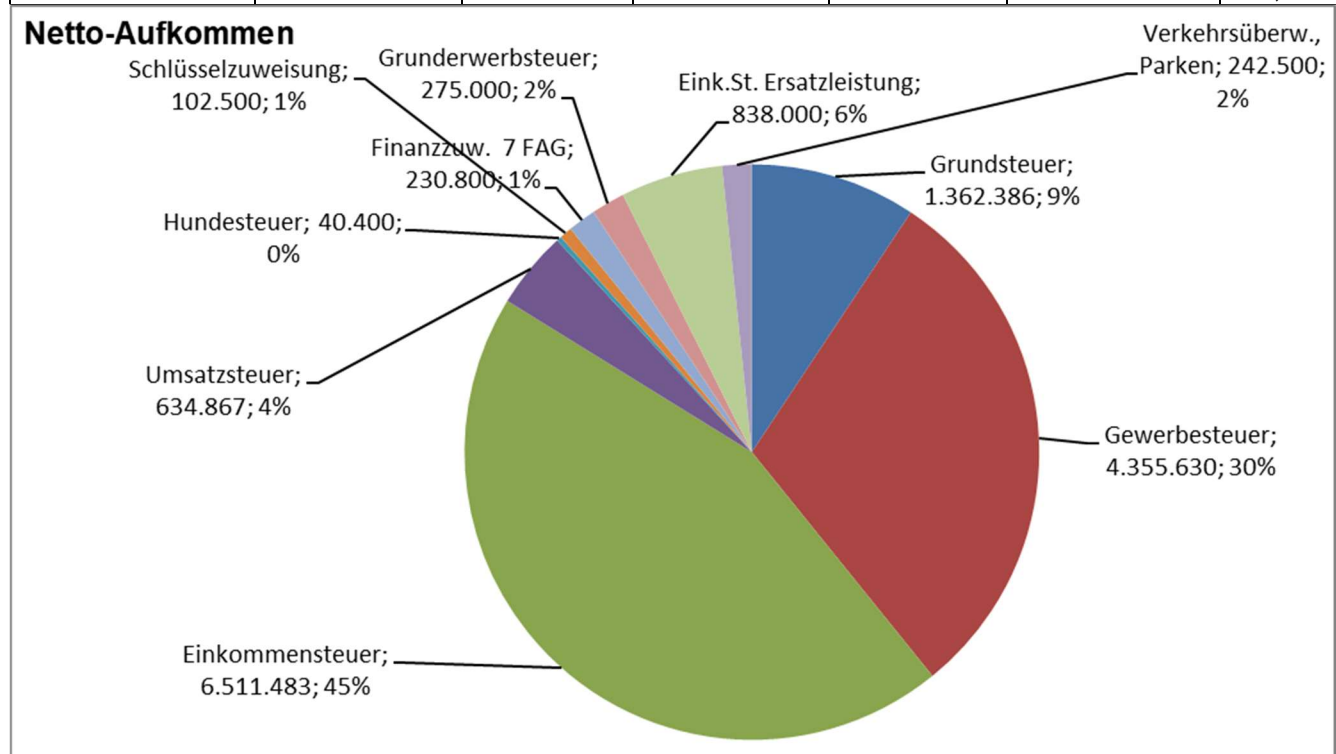
Die Entwicklung der Steuern und Steuerbeteiligungen stellt sich somit wie folgt dar:



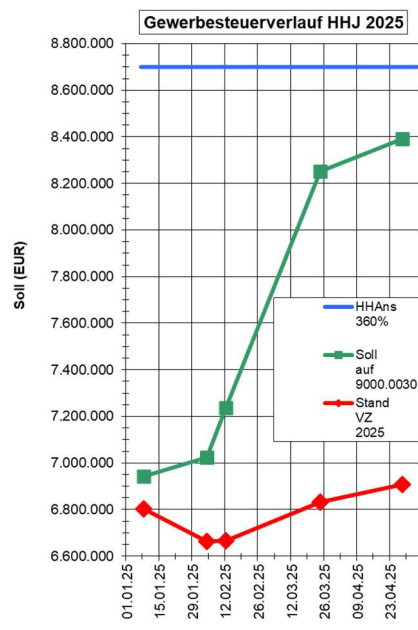
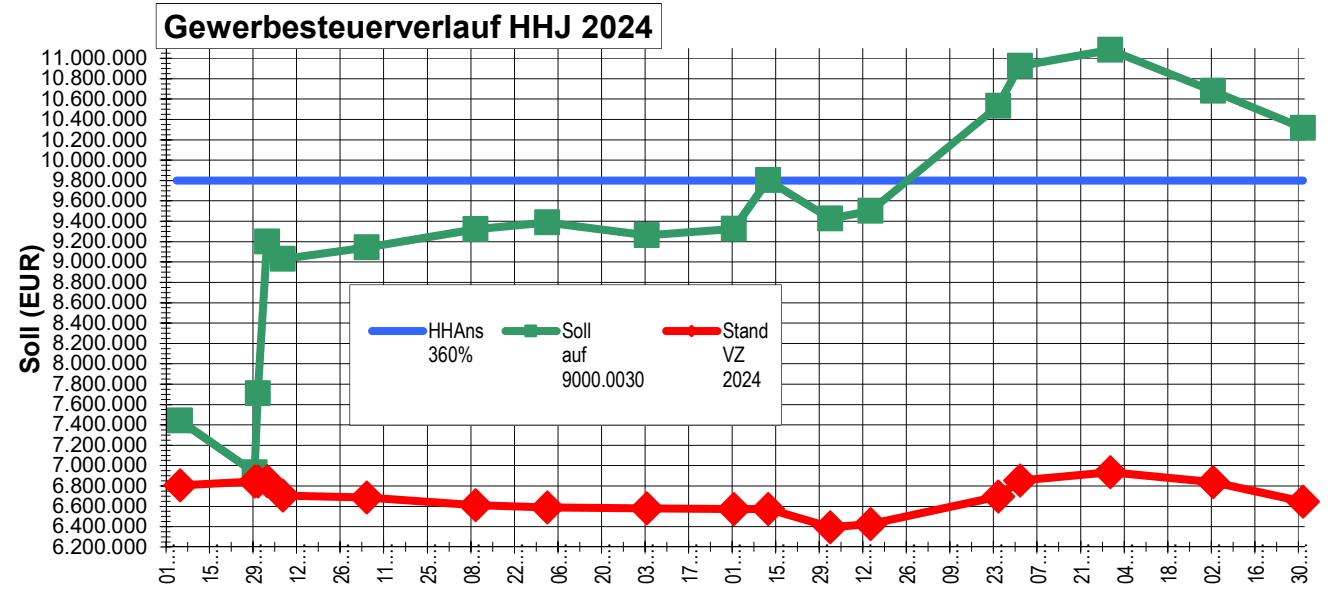
**Steueraufkommen und Allgemeine Zuweisungen in 2025:**

**Abziehen ist davon jedoch die Gewerbesteuerumlage und die Kreisumlage. Bezogen auf die Steuereinnahmen 2025 ergibt sich somit folgendes Bild:**

2025	Brutto-aufkommen	Kreisumlage Anteil %	Kreisumlage Anteil €	GewSt. Umlage	Netto Aufkommen	in %
Grundsteuer	2.263.100 €	39,80%	900.714 €		1.362.386 €	60,20%
Gewerbsteuer	8.700.000 €	38,81%	3.376.470 €	1.127.512 €	4.196.018 €	48,23%
Einkommensteuer	11.537.000 €	43,56%	5.025.517 €		6.511.483 €	56,44%
Umsatzsteuer	1.267.200 €	49,90%	632.333 €		634.867 €	50,10%
Summe:	23.767.300 €		9.935.034 €	1.127.512 €	12.704.754 €	53,45%



Das Aufkommen aus der **Gewerbsteuer** (HHSt. 9000.0030) schließt im Haushaltsjahr 2024 mit einem Ergebnis (Soll) von 10.315.149,39 Mio. € ab. Gegenüber dem Haushaltsansatz von 9,8 Mio. € ergaben sich also 515.149 € mehr Einnahmen. Der Anteil der Vorauszahlungen für 2024 an den Einnahmen betrug dabei jedoch nur 6,64Mio. €



Das Jahr 2025 startete mit 6,94 Mio € (dabei VZ 6,8 Mio €). Im Februar bzw. März kam es zu einmaligen erheblichen Nachforderungen aus Vorjahren bei vier Gewerbebetrieben; die jedoch nicht gleichzeitig zu einem entsprechenden Anstieg der Vorauszahlungen für 2025 führten. Im weiteren Verlauf steigt das Gesamtaufkommen kontinuierlich, während der darin enthaltene Vorauszahlungsanteil in etwa gleich bleibt bzw. im März und April leicht steigt. Ausgehend von einem Gesamtsoll von 8,39 Mio € Ende April 2025 und erhofften weiteren Anstieg erfolgte ein Ansatz von 8,7 Mio. € für 2025.

Auffällig und Anlass zur Sorge für die Folgejahre ist die seit 2023 wachsende und erhebliche Differenz zwischen Gesamtsoll und Aufkommen aus Vorauszahlungen. Daraus ist zu lesen, dass sich in Summe für Vorjahre mitunter erhebliche Nachforderungen ergeben, die sich in den Vorauszahlungen nicht fortsetzen oder gar eine negative Entwicklung aufweisen.

Grundlage für die Kalkulation der Ansätze 2026-2028 ist die Entwicklung der Vorauszahlungen auf Basis der 167. Steuerschätzung Okt. 2024. Entsprechend der Erfahrungen der Vorjahre wird ein erheblicher Zuschlag aus Nachforderungen für Vorjahre in Höhe von 500.000 € addiert. Ob dieser auch so realisiert werden kann, wird sich zeigen.

Haushaltsjahr	2025	2026	2027	2028
% Steuerschätzung 167	2,9%	5,9%	3,4%	3,1%
VZ-Stand Ende Vorjahr	6.650.000	6.842.000	7.245.000	7.491.000
+ Zuschl. Steuersch. auf VZ	192.000	403.000	246.000	232.000
VZ Gesamt haushalterisch	6.842.000	7.245.000	7.491.000	7.723.000
derzeitiger Sollstand	8.390.000	7.245.000	7.491.000	7.723.000
+ erhoffte Nachford. Vorjahre	500.000	500.000	500.000	500.000
Rechnerischer Ansatz	8.890.000	7.745.000	7.991.000	8.223.000
erfolgter Ansatz	8.700.000	7.700.000	7.965.000	8.240.000

## Entwicklung der Gebühren

Die Gebühren für kostenrechnende Einrichtungen sind nach dem Kommunalabgabengesetz **kostendeckend** zu ermitteln. Einnahmen dürfen also die Ausgaben des jeweiligen Bereichs nicht übersteigen und umgekehrt. Gebühren sind also zweckgebunden und dürfen nicht zur Deckung des Gesamthaushalts herangezogen werden.

Die diesbezüglichen kostenrechnenden Einrichtungen wie Friedhof, Müllabfuhr, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden als Regiebetrieb und nicht als eigenes Kommunalunternehmen geführt. Ausgaben und Einnahmen wirken sich somit auch auf den Gesamthaushalt aus.

Die Wasser- und Abwassergebühren und -beiträge wurden nach drei Jahren in 2023 mit Wirkung zum 01.01.2024 neu kalkuliert und festgesetzt; insbesondere die Gebühren sind aufgrund der in den letzten Jahren stark angestiegenen Kosten als auch Unterhaltsaufwand stark angestiegen:

Wasser (netto, zzgl. 7% USt.): bisher 1,35 €/m<sup>3</sup> / ab 01.01.24 1,98 €/m<sup>3</sup>

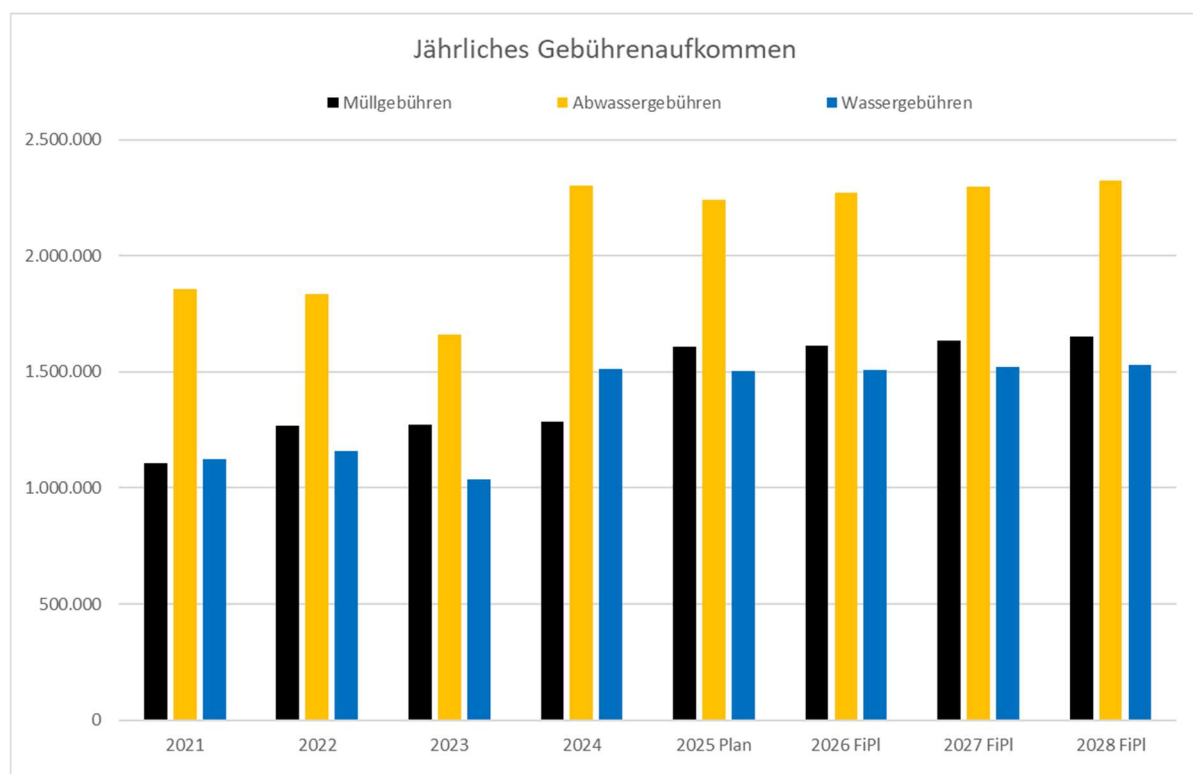
Schmutzwasser (USt.-frei): bisher 2,41 €/m<sup>3</sup> / ab 01.01.24 3,02 €/m<sup>3</sup>

Niederschlagswasser bisher 0,47 €/m<sup>2</sup> / ab 01.01.24 0,61 €/m<sup>2</sup>

Die Müllgebühren wurden zum 01.01.2025 neu kalkuliert. Daraus ergab sich insbesondere aufgrund der drastisch gestiegenen Entsorgungsumlage des Landkreises (254 €/t auf 524 €/t) bei dem Müllabfuhrgebühren eine Kostensteigerung von 23,29%.

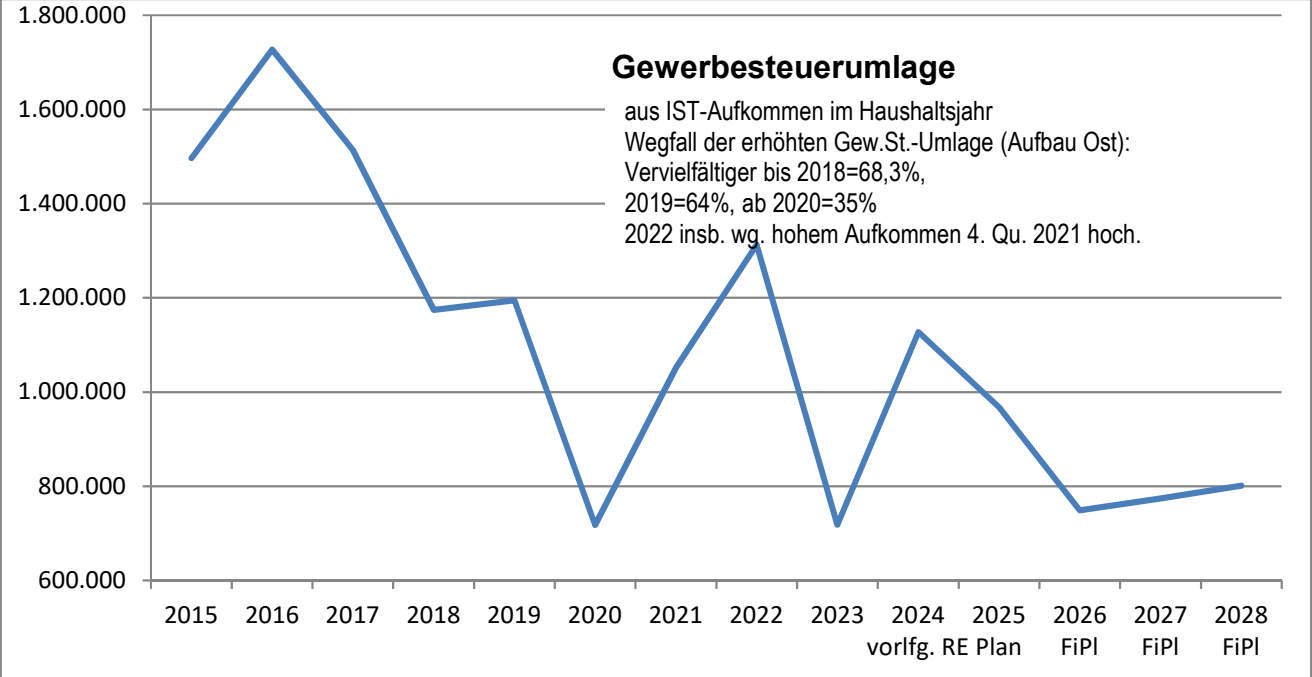
## Entwicklung des jährlichen Gebührenaufkommens kostenrechnender Einrichtungen:

UA	Gebühr	2021	2022	2023	2024	2025 Plan	2026 FiPI	2027 FiPI	2028 FiPI
7200	Müll	1.105.350	1.268.801	1.270.903	1.286.790	1.606.500	1.613.000	1.635.200	1.650.200
7000	Abwasser	1.859.159	1.833.707	1.659.105	2.300.714	2.243.000	2.270.000	2.297.500	2.325.000
8150	Wasser	1.123.343	1.157.519	1.037.190	1.512.910	1.503.369	1.510.000	1.520.000	1.530.000
	Gesamt	4.087.852	4.260.027	3.967.198	5.100.414	5.352.869	5.393.000	5.452.700	5.505.200

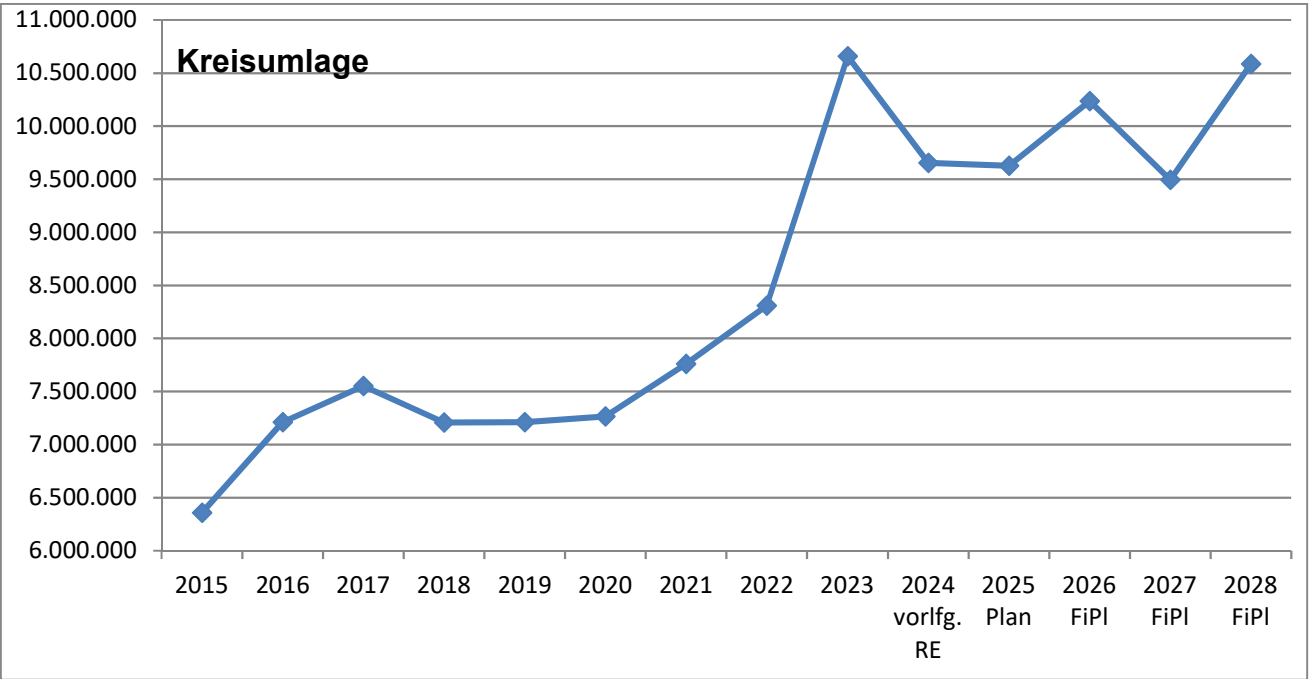


b) Ausgaben:  
Entwicklung der Gewerbesteuer- und Kreisumlage, Personalkostenentwicklung:

**Gewerbesteuerumlage:** (Berechnung: GewSt.-IST / Hebesatz (360%) x Vervielfältiger)



**Kreisumlage:** (Berechnung: Steuerkraft VorVorJahr x Hebesatz)



Kreisumlage und Steuerkraft - Ergebnisse bis 2024 / Prognose ab 2025 in Zahlen:

Haushaltsjahr	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Steuerkr. Jahr	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Steuerkraft	21.976.277	19.502.110	19.289.742	20.470.563	18.987.484	20.722.399
KU Hebesatz	48,5%	49,5%	49,9%	50,0%	50,0%	50,0%
KU Ebersberg	10.658.494	9.653.545	9.625.581	10.235.282	9.493.742	10.361.199
1 HS Pkt. Ebe	219.763	195.021	192.897	204.706	189.875	207.224



**Personalkostenentwicklung:**

Darin enthalten sind die der Hauptgruppe 4 zuzurechnenden Kosten für Aufwendungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit, Dienstbezüge für Beamte und Beschäftigte, Beiträge zu Versorgungskassen bzw. gesetzlicher Sozialversicherung, Beihilfen und Unterstützungen und Personal-Nebenausgaben. Seit 2023 sind auch die Honorare für freie Mitarbeiter z.B. für Umweltstation und Stadtführungen (UGR 4161, 2023: 72.629 €, 2024: 69.052 €; 2025 57.600 €, Folgejahre 47.600 € jährlich) enthalten. Nicht enthalten sind z.B. Aus- und Fortbildungskosten oder Ausgaben für Arbeitskleidung.

Bei der Ansatzermittlung 2024 bis 2027 wurden berücksichtigt:

## a) Beamte:

- Erhöhung Besoldung um 5,5% ab 01.02.2025 im Nachklang zur Tarifierhöhung 2024
- Erhöhung Besoldung um 5,8% ab 01.01.2026 analog Tarifierhöhung 2025+2026
- Annahme: 2027 und 2028 je +2,5%
- Zudem Abfindung Versorgungslastenausgleich für Beamte, die zu anderen Dienstherren gewechselt sind: 2025 93.800 €, 2026-2028 je 118.500 €)

## b) Beschäftigte: Tarifabschluss vom April 2024, gültig bis 31.03.2027

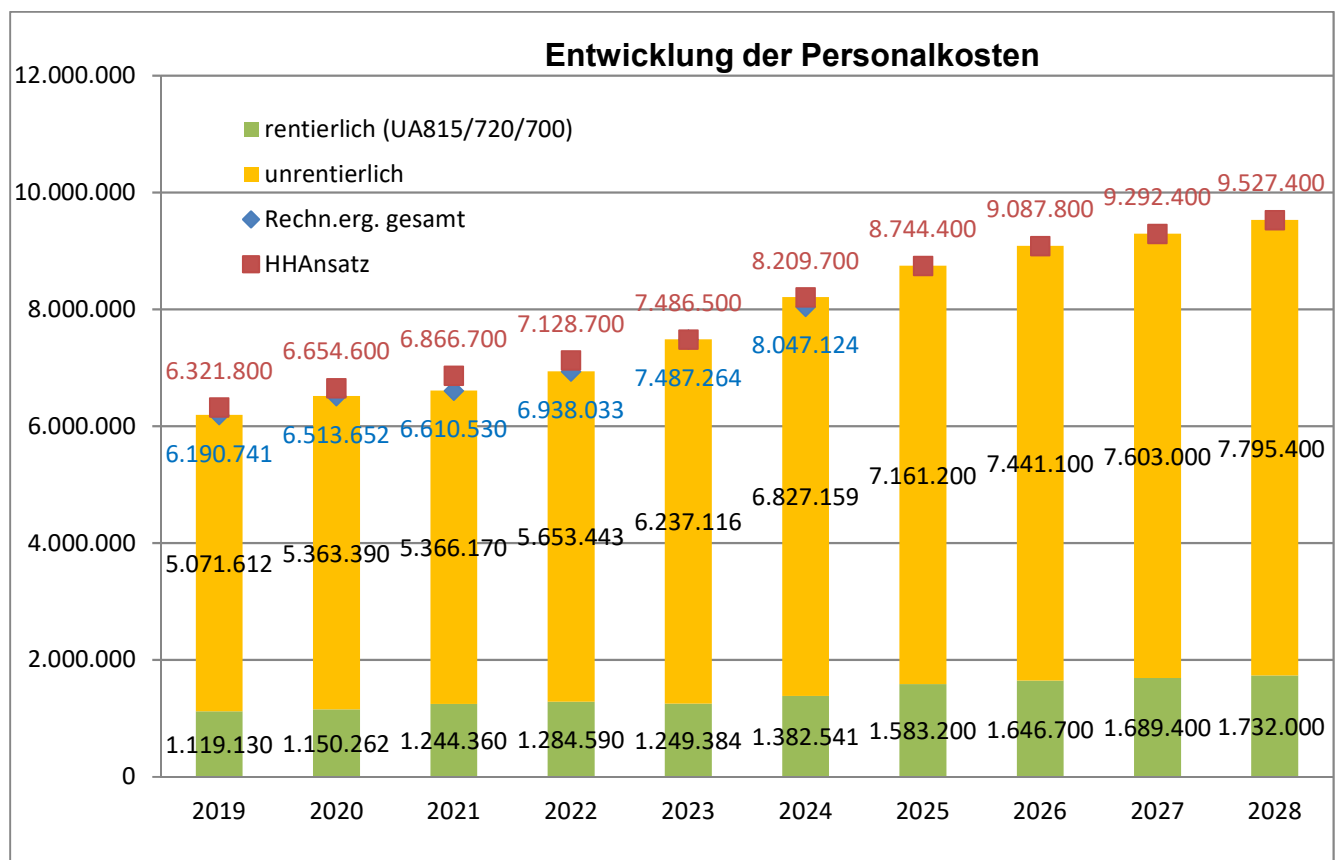
- Ab 01.04.2025 +3%
- Ab 01.05.2026 +2,8%
- Annahme: 2027 +2,5 %, 2028 +2,5%

## c) Tarifliche bzw. beamtenrechtliche individuelle Stufenaufstiege

## d) Gestiegene Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeberanteil)

## e) Wegfall einer Stelle in der Finanzverwaltung ab 01.05.2025.

Im Haushaltsplan 2024 sind 17,5 % der Personalkosten dem rentierlichen Bereich zuzuordnen und werden somit über Gebühren finanziert.



+. Vorjahr.    3,27%    5,22%    1,49%    4,95%    7,92%    7,48%    8,66%    3,93%    2,25%    2,53%

## c) Entwicklung der Schulden

<b>1. Rentierliche Schulden</b>	<b>Plan 2024</b>	<b>Erg. 2024</b>	<b>Plan 2025</b>
<b>Stand 01.01.</b>	4.047.664,27 €	4.047.664,27 €	3.036.661,53 €
Aufnahme	1.839.300,00 €	0,00 €	918.400,00 €
Tilgung	1.011.100,00 €	1.011.002,74 €	1.073.800,00 €
Sondertilgung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
<b>vorauss. Stand 31.12.</b>	<b>4.492.164,27 €</b>	<b>3.036.661,53 €</b>	<b>2.881.261,53 €</b>
<b>2. unrent. Schulden</b>			
<b>Stand 01.01.</b>	22.672.908,00 €	22.672.908,00 €	27.778.462,00 €
Aufnahme	11.895.300,00 €	6.500.000,00 €	10.998.600,00 €
Tilgung	1.173.800,00 €	1.173.768,00 €	655.500,00 €
Sondertilgung	220.700,00 €	220.678,00 €	0,00 €
<b>vorauss. Stand 31.12.</b>	<b>28.188.808,00 €</b>	<b>27.778.462,00 €</b>	<b>38.121.562,00 €</b>
<b>3. Gesamt Schulden</b>			
<b>Stand 01.01.</b>	26.720.572,27 €	26.720.572,27 €	30.815.123,53 €
Aufnahme	13.734.600,00 €	6.500.000,00 €	11.917.000,00 €
Tilgung	2.184.900,00 €	2.184.770,74 €	1.729.300,00 €
Sondertilgung	220.700,00 €	220.678,00 €	0,00 €
<b>vorauss. Stand 31.12.</b>	<b>38.049.572,27 €</b>	<b>30.815.123,53 €</b>	<b>41.002.823,53 €</b>

**Zur Abwicklung 2024:**

Die Kreditermächtigung in Höhe von 13,73 Mio. € wurde mit 6,5 Mio. € in Anspruch genommen, da insbesondere die Investitionen für Hallenbadsanierung und Sanierung / Erweiterung Schule Oberndorf weit hinter den geplanten Ansätzen zurückblieben. Die Kredite wurden auf 30 Jahre Laufzeit um die Tilgungslast auf möglichst viele Jahre zu verteilen. Dabei ist auch ein Förderkredit über 10 Mio. € mit 10-jähriger Zinsbindung enthalten.

Zudem wurde ein Kredit über 1,5 Mio. € bis 2026 prolongiert (Grundstückserwerb Friedenseiche 8). Da dies keine Kreditneuaufnahme darstellt, wurde die Kreditermächtigung davon nicht berührt.

Zudem erfolgte eine Sondertilgung (220.678 €) für einen Kredit, dessen 10-jährige Zinsbindung ausgelaufen ist.

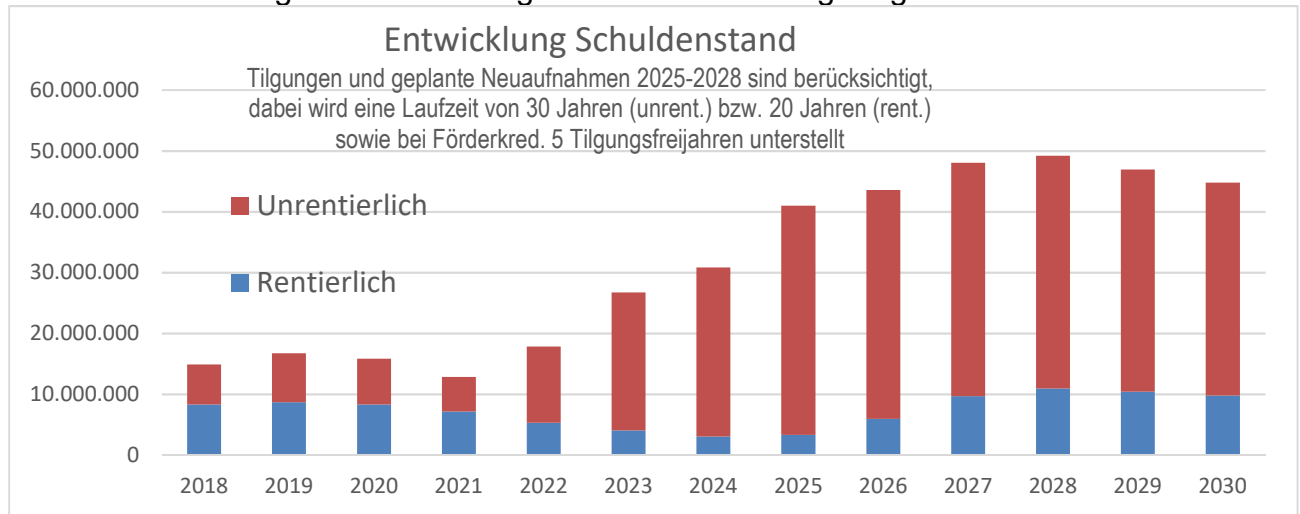
**Zur Planung 2025:**

Mangels relevanter freier Spitze bei der Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt muss der Eigenanteil bei sämtlichen Investitionen nahezu vollständig Krediten finanziert werden. Durch die Fertigstellung der Hallenbadsanierung als auch den weiteren Baufortschritt bei der Sanierung / Erweiterung der Schule ist auch von einer tatsächlichen Verwirklichung der Planzahlen und somit der benötigten neuen Kredite im Gesamtvolumen von 11,917 Mio. € auszugehen. Da die Kreditaufnahmen durch nicht verbrauchte Kreditermächtigungen 2022-2024 erfolgen können, ist eine neue Kreditermächtigung in 2025 nicht erforderlich (Art. 71 Abs. 3 GO; vgl. Anlage 5d) zum Haushaltsplan gem. Muster zu § 2 Abs. 2 Nr. 5 KommHV-Kameralistik)

Auch im Finanzplanungszeitraum 2026 bis 2028 werden für die investiven Projekte weitere sehr hohe Neudarlehen erforderlich werden. Die Finanzplanung weist auch hier derzeit noch keine wesentliche frei Spitze in der Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt auf. Es ergeben sich folgende voraussichtliche Schuldenstände:

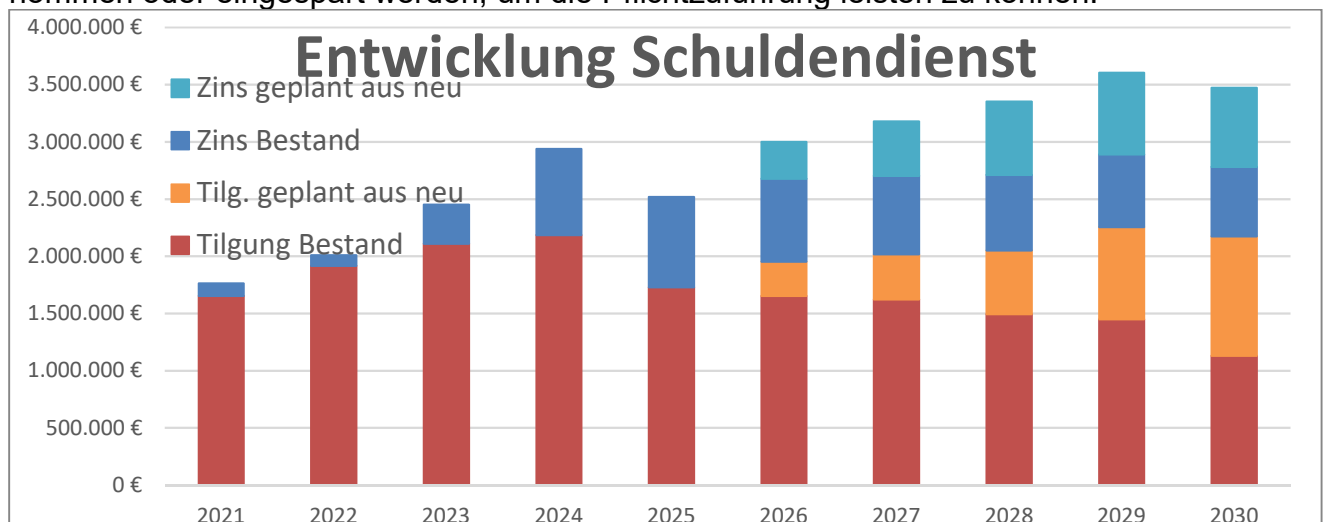
31.12.2026: 43,568 Mio. € / 31.12.2027: 48,055 Mio. € / 31.12.2028: 49,196 Mio. €

Damit ist der Schuldenstand 2028 um mehr als 13,2 Mio. € gegenüber der Finanzplanung 2024 zurückgegangen. Dies liegt insbesondere an den Kosten für den Neubau der KiTa St. Sebastian, die erst später zu Buche schlagen. Aber auch die Absage des Projekts Tiefgarage bei dieser KiTa als auch die Reduzierung der neuen KiTa an der Ringstr. auf einen einfachen Standard samt Wegfall der Wohnungen dort hat dazu beigetragen.



Kreditneuaufnahmen sind nur für Investitionen zulässig. Zudem muss die Rechtsaufsicht den Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen der Haushaltssatzung genehmigen. **Maßgebend für die Genehmigung ist die dauernde Leistungsfähigkeit: Kann die Stadt in den Folgejahren Zins und Tilgung leisten?** Zinszahlungen sind im Verwaltungshaushalt abgebildet, während Tilgungen im Vermögenshaushalt zu buchen sind. Aus dem Verwaltungshaushalt muss mindestens der Betrag in Höhe der Tilgungsleistungen in den Vermögenshaushalt zugeführt werden (= Pflichtzuführung). Die Pflichtzuführung wird nach der Finanzplanung von 1,729 Mio. € in 2025 auf 2,26 Mio. € in 2029 ansteigen.

Die Zinslast wird nach der Finanzplanung von 789.415 € in 2025 auf 1,35 Mio € in 2029 ansteigen. War in den letzten Jahren die Verzinsung zu vernachlässigen (Zins je nach Konstellation zwischen 0 und 0,7%), sind wir derzeit je nach Konstellation bei einem derzeitigen Zinsniveau von 2,6% - 3,3% für Kommunale Investitionskredite angelangt. Jede Million eines neu aufgenommenen Kredites mit 3% Zins löst somit im ersten Jahr 30.000 € Zinsen aus; bei einer Laufzeit von 30 Jahren fallen z.B. zusätzlich zur Tilgung noch insgesamt ca. 525.000 € Zinsen an. Auch wenn ein weiterer Rückgang des Leitzinses der EZB prognostiziert wird, geht die Kämmerei nicht von einer zeitnahen und entsprechenden Anpassung der Kreditzinssätze aus. In Summe steigt also der Schuldendienst (Zins + Tilgung) von 2,52 Mio. € auf 3,6 Mio. € in 2029; es muss in 2029 also etwa 1,1 Mio. € mehr im Verwaltungshaushalt eingenommen oder eingespart werden, um die Pflichtzuführung leisten zu können!



Auf die weiteren Zahlen und Grafiken in Anlage 3 – Übersicht über die Schulden – wird verwiesen.

**d) Entwicklung der Rücklagen****Allgemeine Rücklage:**

- Beträge in EUR - vorgesehener Zweck	Stand 01.01.2024	Stand 01.01.2025	geplante Zuführung 910.910	geplante Entnahme 910.310	geplanter Stand 31.12.2024
Pflichtrücklage (vgl. unten)	350.000	360.000	20.500	0	380.500
allg. Rücklage ohne vorgeseh. Zweck	1.700.000	100.000	0	100.000	0
Kindertagesstätten (KiTas)	49.300	0	0	0	0
Sanierung Aussichtsturm	143.400	157.400	14.400	5.000	166.800
Senioren- pflegeplätze	4.000	4.000	0	0	4.000
Stellplatz- ablöse	118.400	124.500	103.300	4.000	223.800
BHKW (elektr. Leistung)	71.400	71.400	0	0	71.400
f. soz. Wohng.bau aus Gru.verk. 2016	900.000	900.000		0	900.000
<b>allg. Rücklage insg.:</b>	<b>3.336.500</b>	<b>1.717.300</b>	<b>138.200</b>	<b>109.000</b>	<b>1.746.500</b>

- Der vorgesehene Zweck hat nicht den Status einer Sonderrücklage oder einer Zweckbindung, sondern stellt lediglich Quelle bzw. Ziel von einzelnen Bestandteilen der Allgemeinen Rücklage dar.
- Zuführung / Entnahme Kindertagesstätten sind nun aufgebraucht.
- Sanierung Aussichtsturm: Zuführung aus Antennenpacht etc.; Entnahme in 2025 geplante Vorplatzgestaltung
- Die Pflichtrücklage (1% der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei Vorjahre) beträgt nun 380.409 EUR, deshalb werden hier 20.500 € zugeführt.
- Stellplatzablöse: Rücklagenzuführung durch Ablöseleistung, Entnahme für Automat Volksfestplatz

Die allgemeine Rücklage (§20 Abs. 2 und 3 KommHV) dient der

- vorherigen Ansammlung von Mitteln für die Finanzierung von Investitionen
- Sicherung des Haushaltsausgleichs und
- Sicherung der Kassenliquidität.

Die Kämmerei verfolgt das Ziel, die allgemeine Rücklage nicht unter einem Betrag von 1,5 Mio. € zurückzuführen, um eine vernünftige Kassenbestandsverstärkung bzw. Reserve für den Haushaltsausgleich am Jahresende sicherzustellen.

**Sonderrücklagen** (§20 Abs. 4 KommHV) bestehen nicht.

Im Übrigen wird auf die Rücklagenübersicht im Anschluss an diesen Vorbericht (Anlage 3 zum Haushaltsplan) verwiesen.

### 3. Eckdaten Haushalt 2025 mit Finanzplan 2026 - 2028

#### a) Haushaltssummen, Zuführung zum Vermögenshaushalt

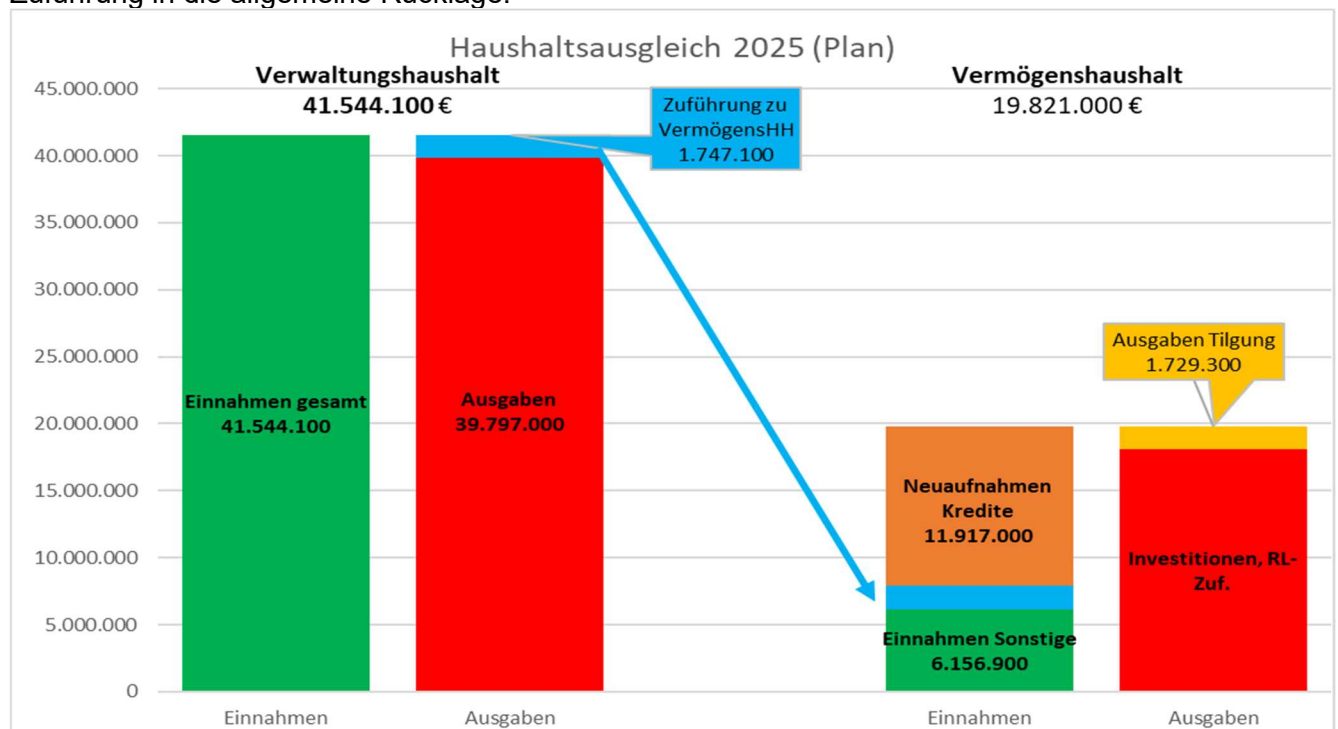
RE = Rechng.erg. FiPl=Finanzplan	2022 RE	2023 RE	2024 vorl. RE	2025 Plan	2026 FiPl	2027 FiPl	2028 FiPl
Verwaltungshaushalt	35.912.595	38.696.198	41.568.380	<b>41.544.100</b>	42.490.900	42.946.700	43.287.600
Vermögenshaushalt	13.457.555	19.413.221	16.426.652	<b>19.821.000</b>	19.853.700	11.031.400	7.694.800
Gesamt	49.370.150	58.109.419	57.995.032	<b>61.365.100</b>	62.344.600	53.978.100	50.982.400
Zuf. VwHH->VmHH	2.709.476	2.157.969	3.394.240	<b>1.747.100</b>	2.112.700	3.420.500	2.622.700
Freie Spitze	793.703	46.413	1.209.469	<b>17.800</b>	159.100	1.402.200	571.700
ord. Tilgung	1.915.773	2.111.556	2.184.771	<b>1.729.300</b>	1.953.600	2.018.300	2.051.000
Sondertilgung	584.692	0	220.678	<b>0</b>	1.500.000	0	0
Neuverschuldg.	7.500.000	11.000.000	6.500.000	<b>11.917.000</b>	6.018.700	6.506.100	3.191.300
Stand Verschuldg.	17.832.128	26.720.572	30.815.124	41.002.824	43.567.924	48.055.724	49.196.024
% VmHH zu Ges.HH	27,27%	33,41%	28,32%	<b>32,30%</b>	31,85%	20,44%	20,34%

In Verwaltungshaushalt (lfd. Betrieb) bzw. im Vermögenshaushalt (Investitionen) muss in Plan und Ergebnis die Summe die Einnahmen und Ausgaben gleich sein (ausgeglichener Haushalt, Art. 64 Abs. 3 Satz 1 GO).

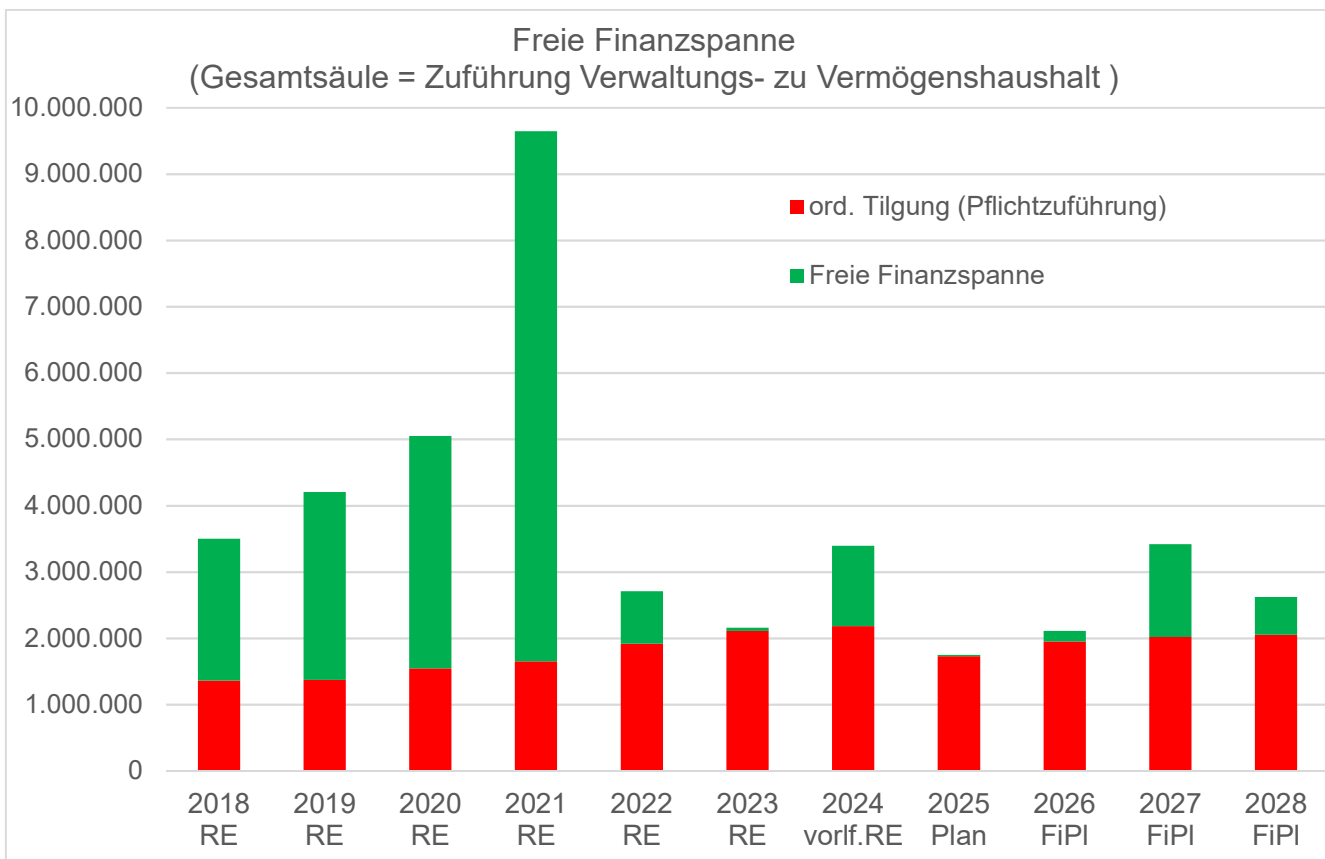
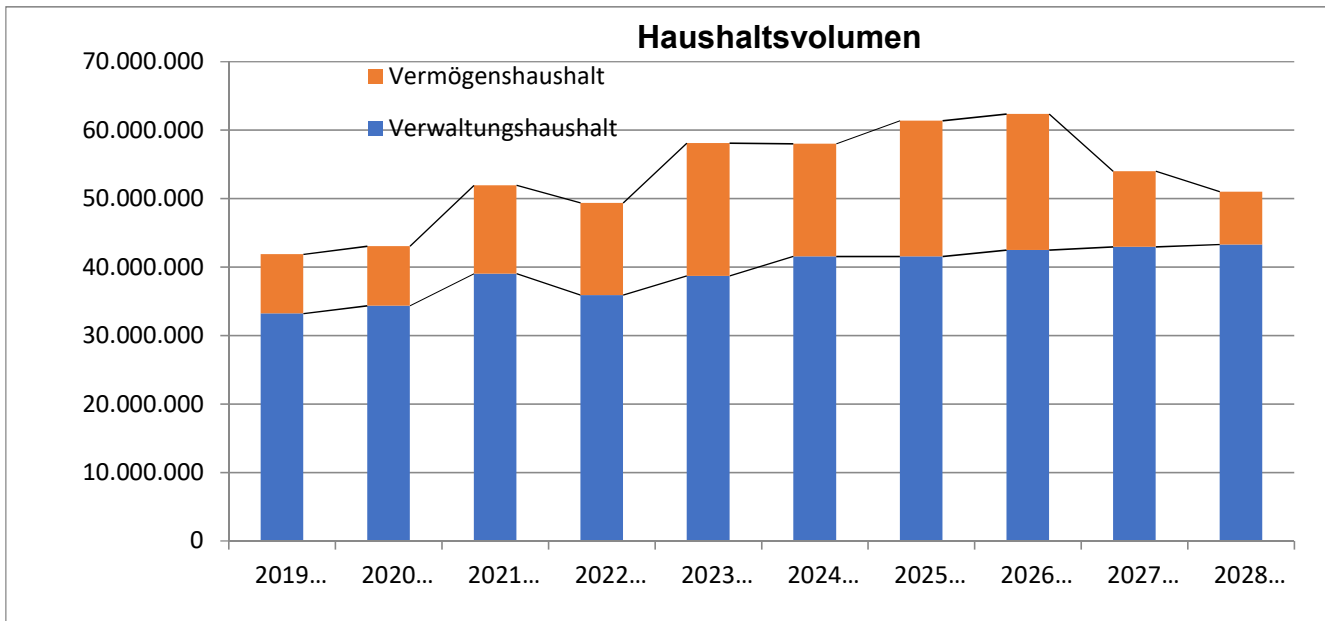
Im Verwaltungshaushalt bestimmt sich die Summe grundsätzlich nach den Einnahmen. Der Ausgleich bei den Ausgaben erfolgt gem. §22 Abs. 1 Satz 1 KommHV durch die Zuführung vom Verwaltungshaushalt (Ausgabe) in den Vermögenshaushalt (Einnahme).

Diese Zuführung muss mindestens so hoch sein wie die im Vermögenshaushalt zur Tilgung von Krediten erforderlich ist (= Pflichtzuführung). Der die Pflichtzuführung übersteigende Teil der Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt wird als freie Finanzspanne oder freie Spitze bezeichnet und dient der Finanzierung der Investitionen.

Im Vermögenshaushalt ist durch die Baumaßnahmen und anderen Investitionen normalerweise die Ausgabenseite die bestimmende Größe. Auf der Einnahmeseite wird der Ausgleich neben der Zuführung vom Verwaltungshaushalt insbesondere durch Rücklagenentnahmen und Kreditaufnahmen erwirkt. Bei einem Einnahmenüberschuss erfolgt der Ausgleich auf der Ausgabenseite durch Zuführung in die allgemeine Rücklage.



Entwicklung des Haushaltsvolumens seit 2019:

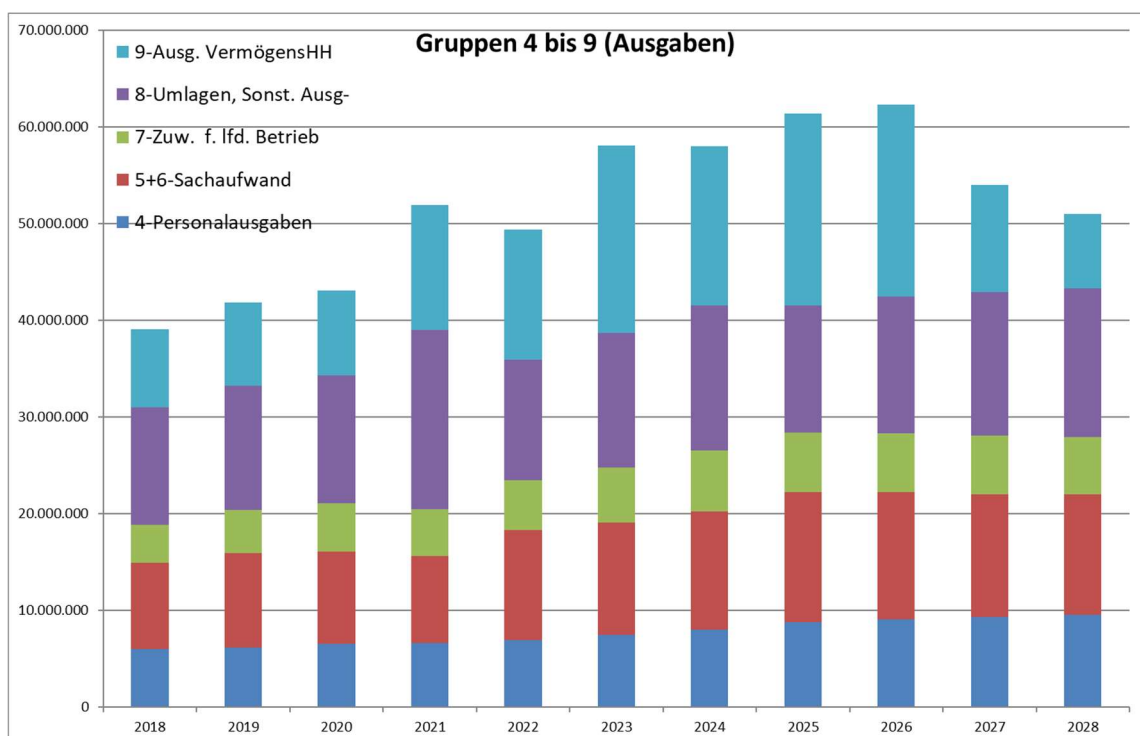
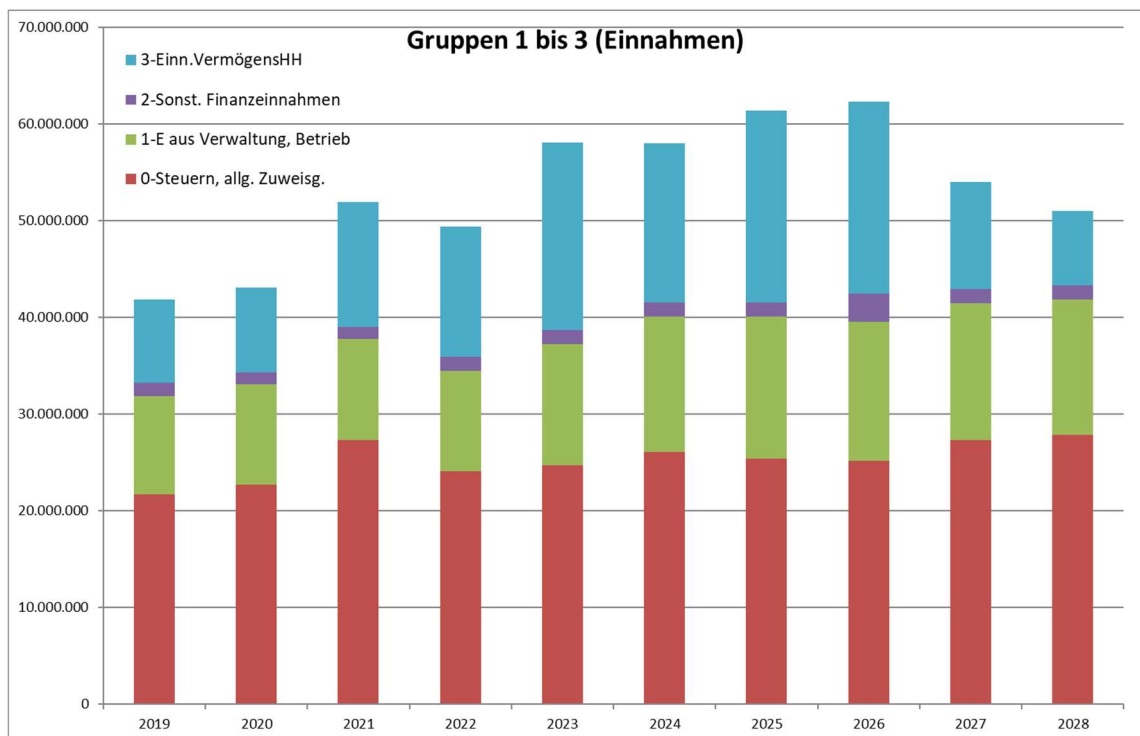


- War bis 2021 noch eine freie Finanzspanne von 2 bis 4 Mio. € zu erlösen, so fällt diese danach rapide ab und geht derzeit gegen Null! Grund sind insbesondere die inflationsbedingt stark gestiegenen Sach- und Personalkosten verbunden mit Kostensteigerungen für Unterhalt neuer Gebäude oder Aufgabenmehrungen (Schülerbetreuung).
- In Folge ist seit 2023 der Eigenanteil nahezu vollständig aus Krediten zu finanzieren!
- Die Kredite wiederum erhöhen die Pflichtzuführung für die Tilgung und mindern die freie Spitze in den Folgejahren durch die Zinslast: Ein gefährlicher Dominoeffekt, dem es durch Ausgabenreduzierung und Einnahmenerhöhung zu begegnen gilt.

**b) Einnahmen und Ausgaben nach Gruppen**

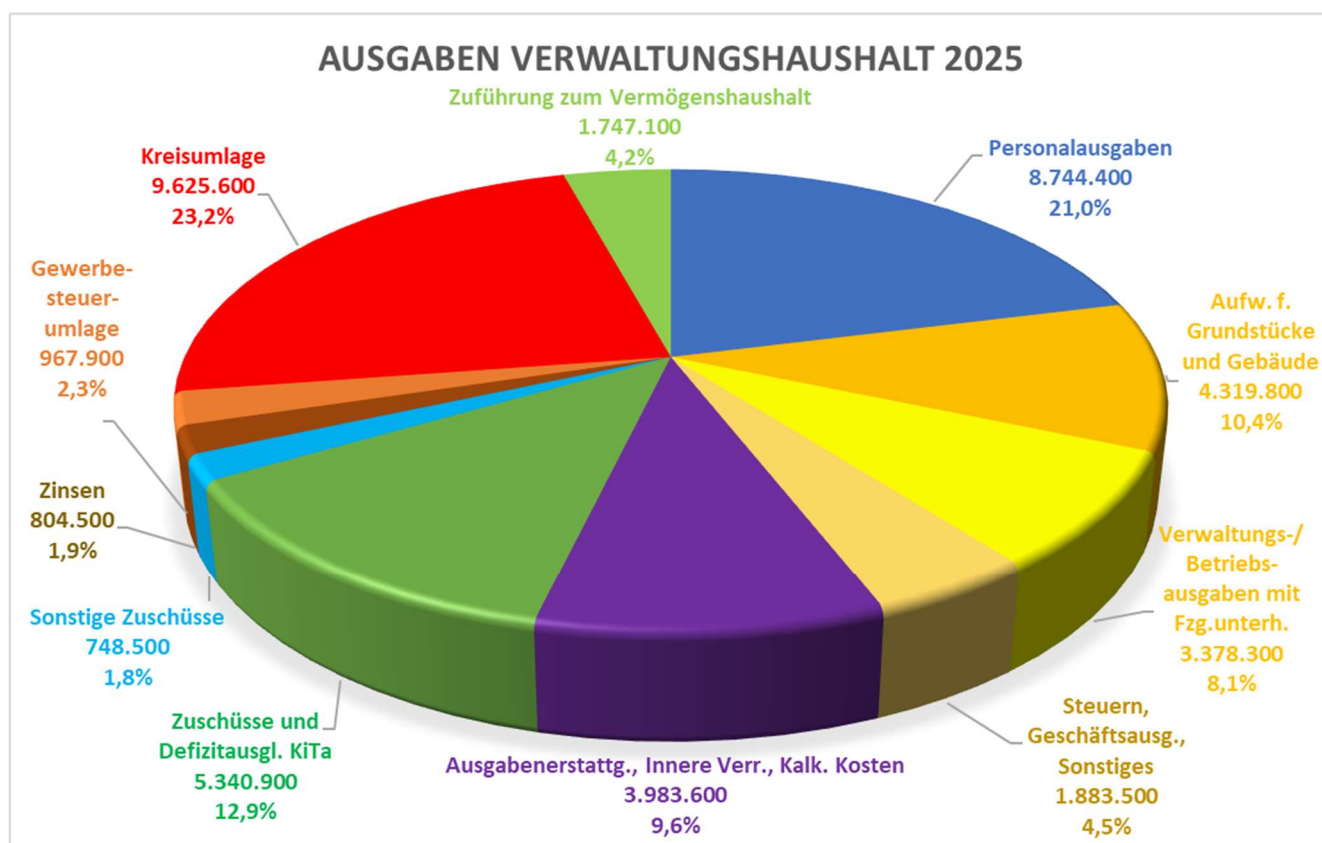
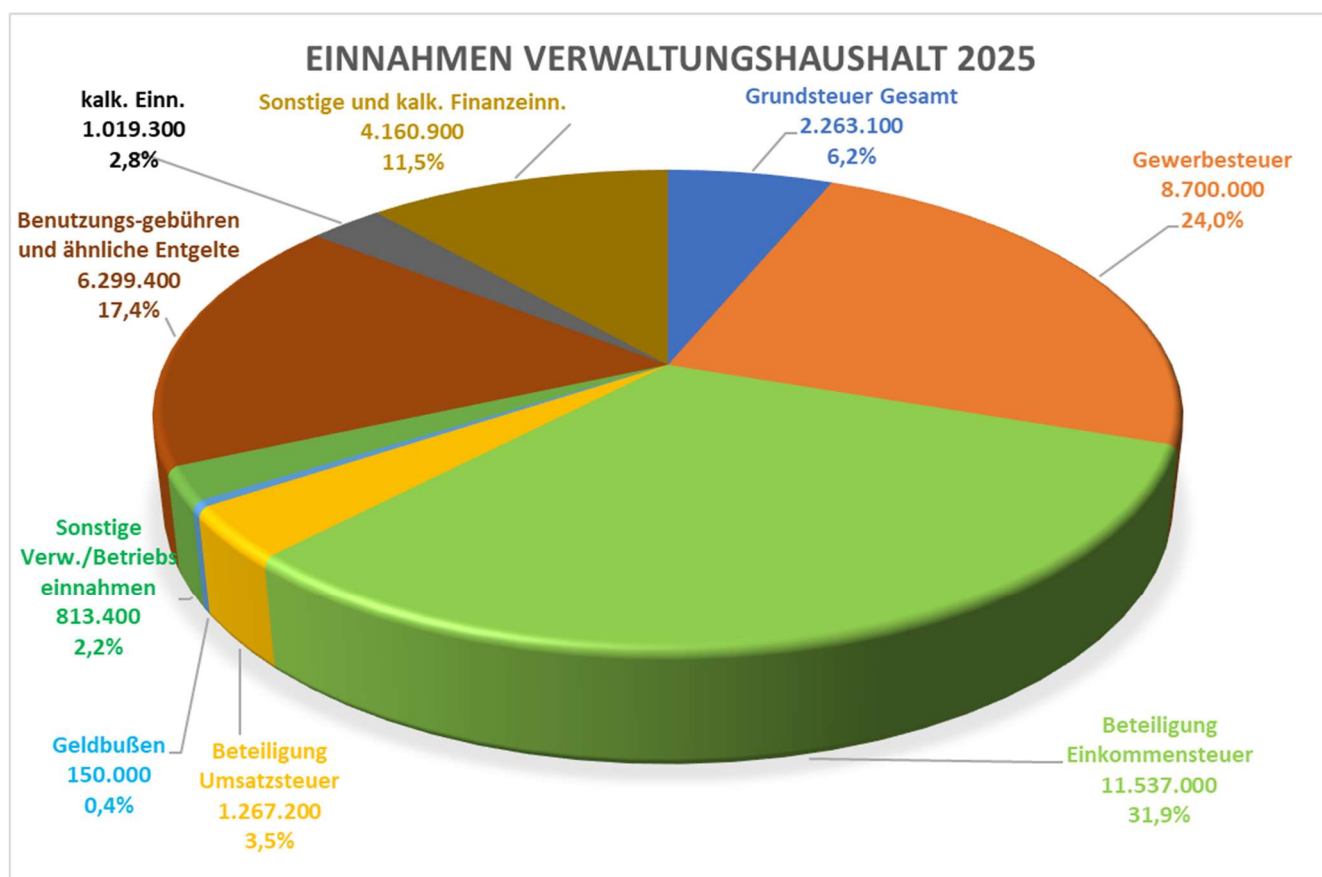
Näheres siehe Gruppierungsübersicht im Gesamtplan

Gruppe / Jahr:	RE 2022	RE 2023	v. RE 2024	Plan 2025	FiPI 2026	FiPI 2027	FiPI 2028
0-Steuer, allg. Zuweisg.	24.049.023	24.665.638	26.125.082	25.404.000	25.173.800	27.305.200	27.860.100
1-E aus Verwaltung, Betrieb	10.415.207	12.591.741	13.966.028	14.689.000	14.366.500	14.190.900	13.976.900
2-Sonst. Finanzeinnahmen	1.448.366	1.438.818	1.448.911	1.451.100	2.950.600	1.450.600	1.450.600
3-Einn.VermögensHH	13.457.555	19.413.221	16.432.426	19.821.000	19.853.700	11.031.400	7.694.800
4-Personalausgaben	6.938.033	7.487.264	8.047.124	8.744.400	9.087.800	9.292.400	9.527.400
5+6-Sachaufwand	11.375.171	11.608.654	12.198.607	13.527.200	13.175.700	12.718.700	12.459.900
7-Zuw. f. lfd. Betrieb	5.165.343	5.678.439	6.267.123	6.089.400	6.039.300	6.040.900	5.943.000
8-Umlagen, Sonst. Ausg-	12.434.049	13.921.840	15.027.167	13.183.100	14.188.100	14.894.700	15.357.300
9-Ausg. VermögensHH	13.457.555	19.413.221	16.432.426	19.821.000	19.853.700	11.031.400	7.694.800



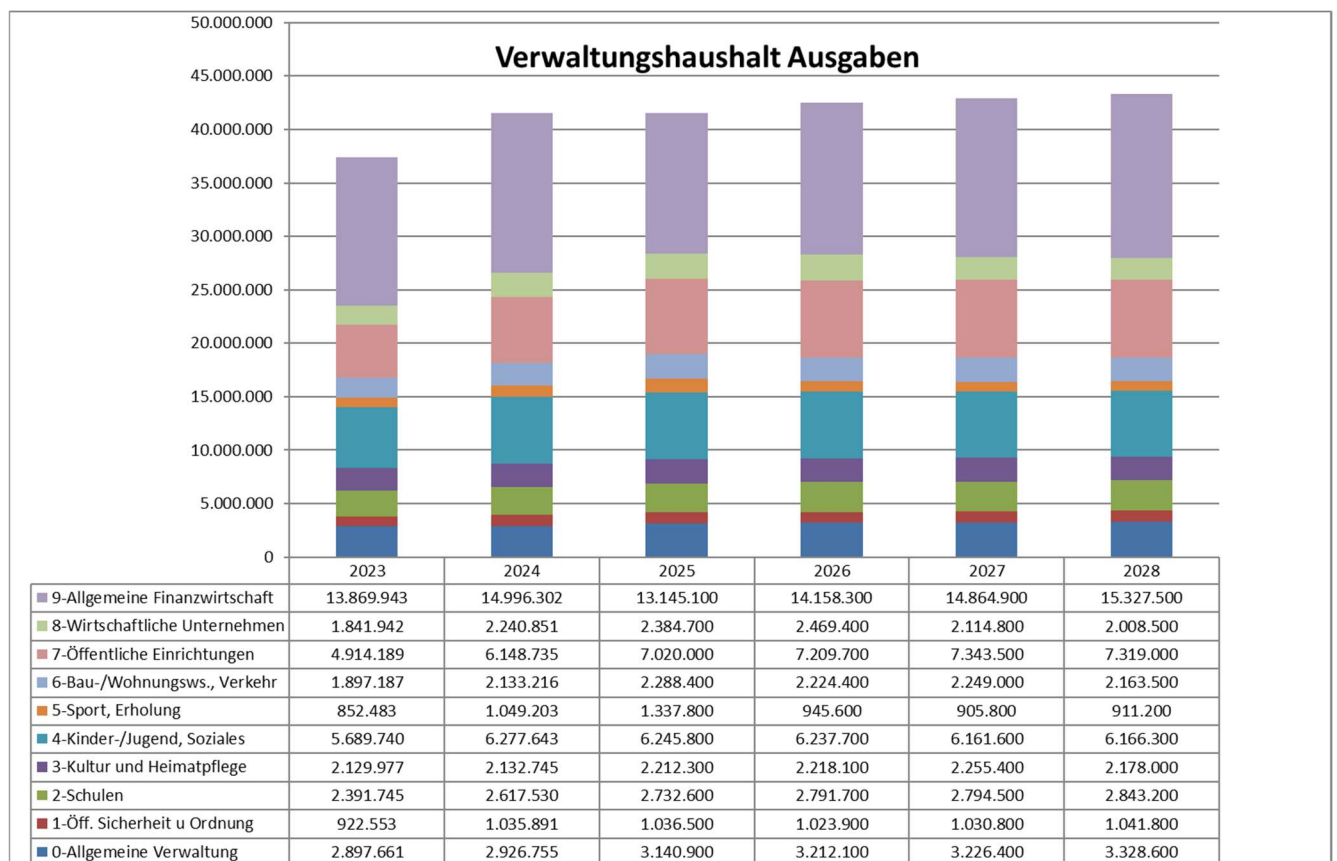
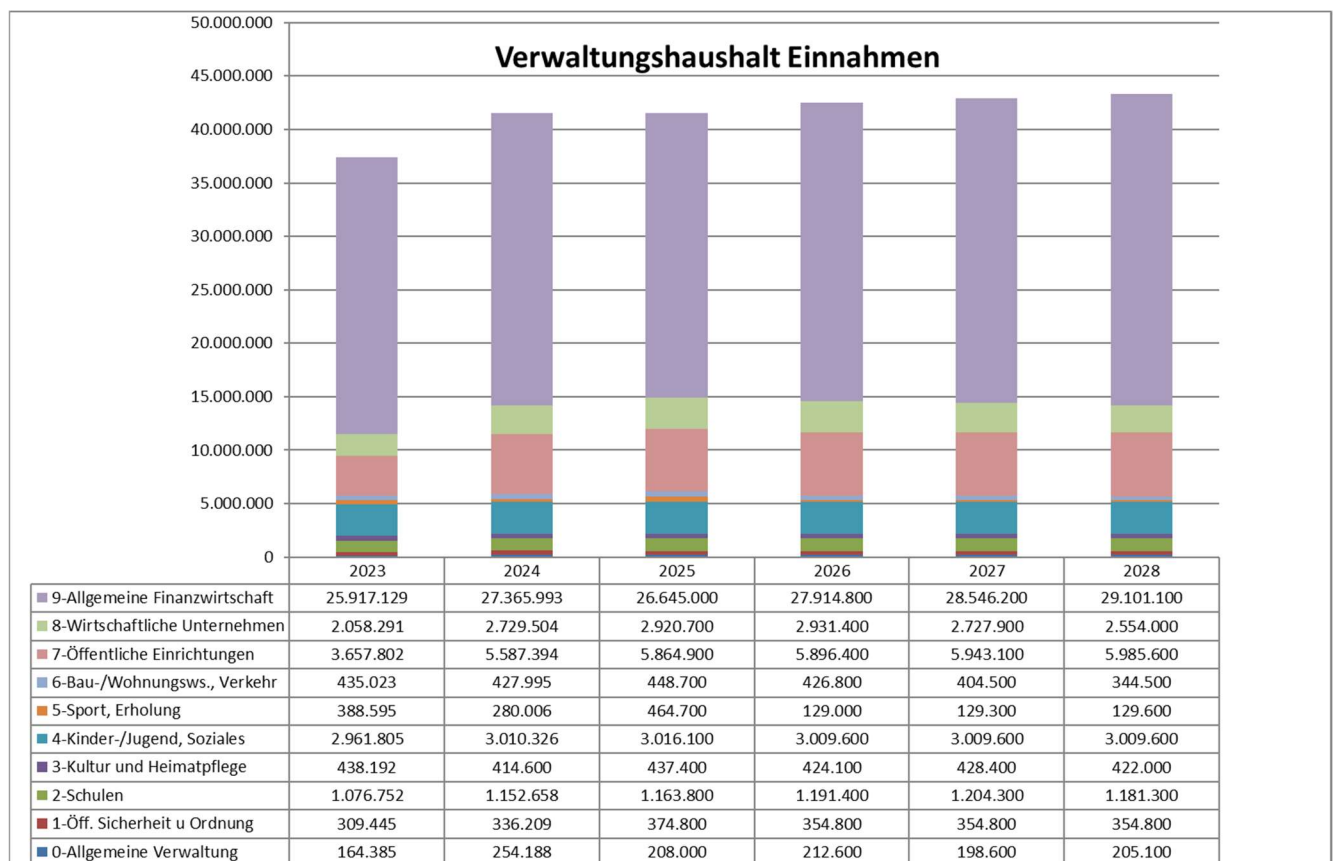


## Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt 2024 nach Gruppen:

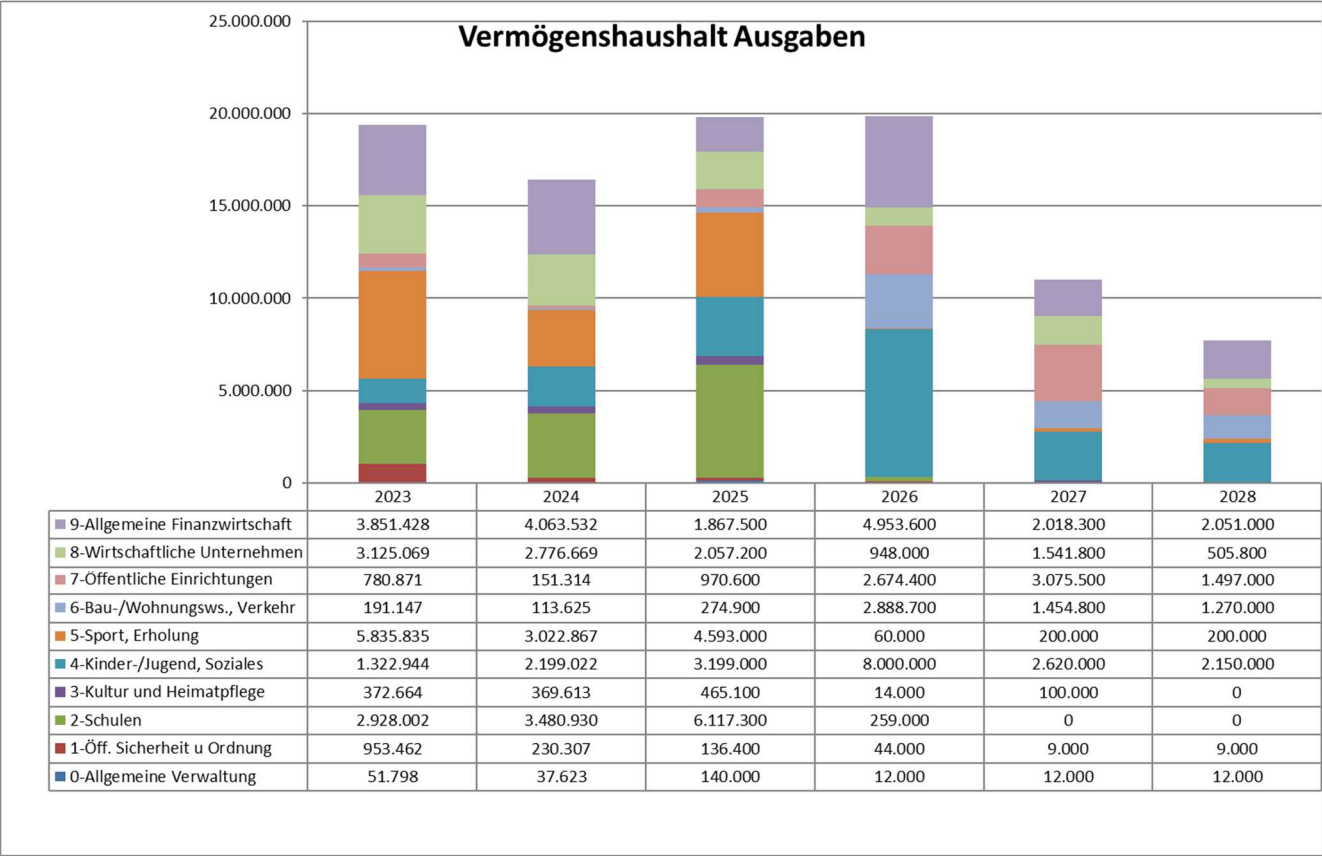
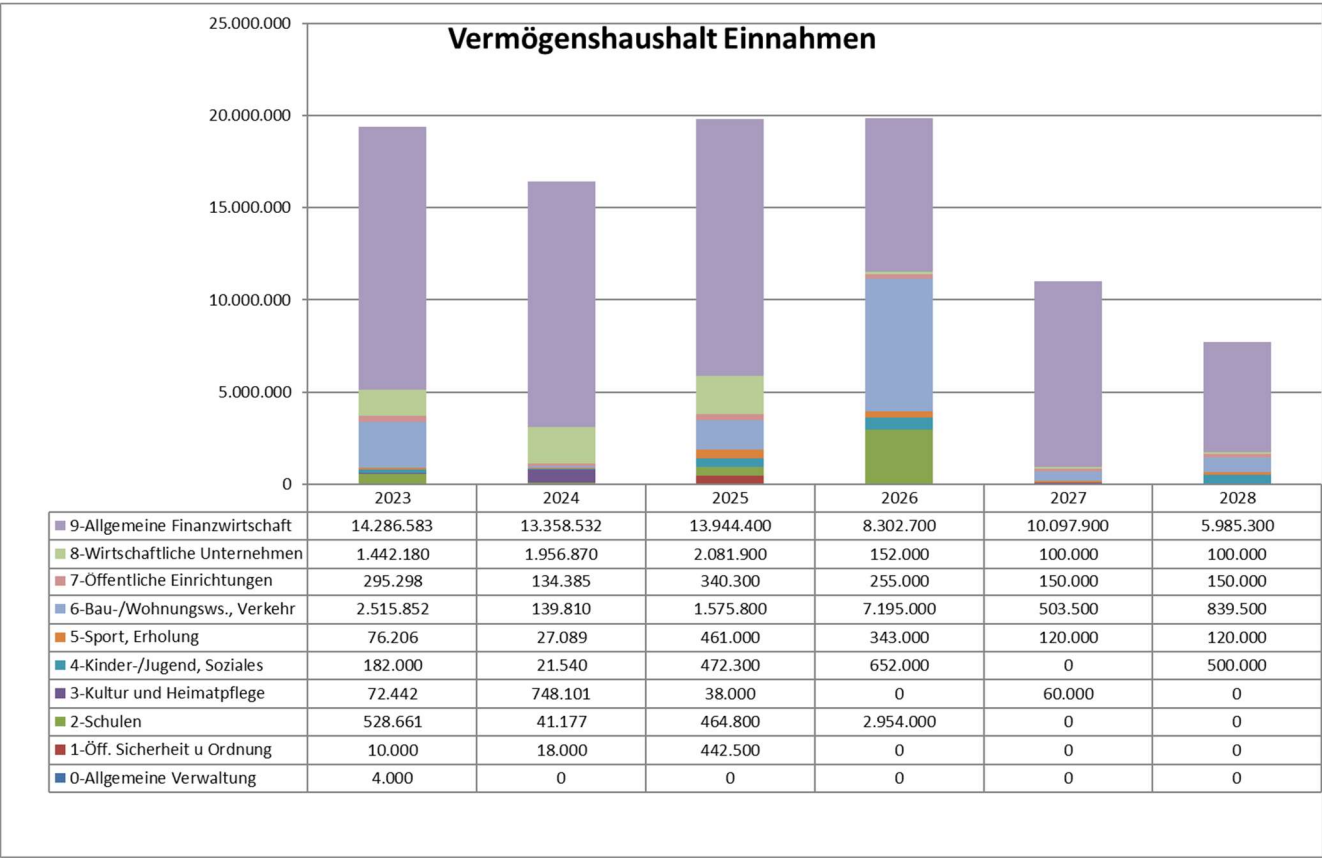




## c) Einnahmen und Ausgaben nach Aufgaben - Verwaltungshaushalt



d) Einnahmen und Ausgaben nach Aufgaben - Vermögenshaushalt  
(vgl. Gesamtplan Vermögenshaushalt und Finanzplanung – Investitionen nach Aufgaben)



**e) Bericht über die Haushaltsplanung in 2024 und die haushalterische Lage**

Mit Genehmigung des Haushalts 2023 hat die Rechtsaufsicht des Landratsamts Ebersberg die Auflage erteilt, mit Hilfe eines externen Beraters ein Haushaltskonsolidierungskonzept im Zuge der Haushaltsaufstellung 2024 zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Über die Bayerische Verwaltungsakademie wurde Dr. Stefan Sauer als Berater im September 2023 beauftragt und bis März 2024 tätig.

Die Mittelanforderung bei den Fachabteilungen der Stadt erfolgte unter der Maßgabe, nur die dringend benötigten Mittel bzw. Mittel für Maßnahmen, die der Stadtrat beschlossen hat, anzumelden. Die Kämmerei hat wie im Vorjahr diese Linie unterstrichen, in dem bei Ausgaben im Verwaltungshaushalt ein Mittelvorschlag für jede Haushaltstelle aus dem laufenden Rechnungsergebnis 2024 bzw. Ergebnis 2023 ermittelt wurde. Dabei erfolgte kein Inflationsausgleich.

Nach Einpflege der Mittelanforderungen fanden mehrtägige Besprechungen der Amtsleiter zusammen mit dem ersten Bürgermeister statt. Dabei wurden Mittelanforderungen über den Mittelvorschlag der Kämmerei ebenso erörtert wie Mittelanforderungen für neue Projekte und Baumaßnahmen. Dabei wurden unter anderem bei Unterhaltsmaßnahmen Mittel für außerordentlichen Unterhalt auf das sachlich und zeitlich notwendige gekürzt und neue, aber noch nicht zur Durchführung freigegebene Projekte wie die Aufstockung der Schule Floßmannstraße auf die Warteliste gesetzt.

So konnte in der ersten Beratung im Ausschuss FWD am 23.03.2025 ein ausgeglichener Haushaltsentwurf mit knapper, aber doch darstellbarer Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt vorgelegt werden.

In den weiteren Sitzungen des FWD am 10.04.2025 und 22.04.2025 nahm die Verwaltung zu den Fragen und Anregungen der Fraktionen Stellung.

Im Nachgang wurde der Haushaltsentwurf z.B. um die zwischenzeitliche Einigung in der Tarifrunde der Beschäftigten mit dem hier dargestellten Ergebnis überarbeitet.

Insgesamt ist die haushalterische Lage wie folgt zu bewerten:

Die Gewerbesteuer entwickelt sich von zuletzt 10,3 Mio. € in 2024 auf erwartete 8,7 Mio. in 2025 massiv nach unten. In 2026 ist ein weiterer Rückgang auf 7,7 Mio. € zu erwarten, da die Messbetragsfestsetzungen für Vorauszahlungen weit hinter den Nachzahlungen aus Vorjahren hinterherlaufen.

Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt beinhaltet eine kaum nennenswerte freie Spitze, die zur Mitfinanzierung der Bauprojekte erforderlich wäre. Somit sind diese nahezu vollständig durch Kredite zu finanzieren, was zu weiteren Belastungen in den Folgejahren durch den Schuldendienst führt. Deshalb ist es unabdingbar, die Haushaltskonsolidierung mit allen Anstrengungen weiter zu verfolgen.

Dabei ist die starke Inflation in den letzten Jahren zu bedenken (Jan. 2018 zu Jan. 2025 24,8%). Produkte, Dienstleistungen sind entsprechen teurer geworden, Bauleisten sogar noch wesentlich mehr. Gleichzeitig hat der Euro Steuereinnahme um ein Viertel an Kaufkraft verloren. Es bedarf politischer Entscheidungen, welche Aufgaben in welchem Ausmaß weiter geleistet werden sollen bzw. welche Einnahmen verbessert werden müssen.

**f) Warteliste**

Folgende Projekte werden aufgrund der finanziellen Lage der Stadt vorerst nicht weiter verfolgt. Eine Aufnahme in den Haushalt erfolgt erst, wenn das Projekt sachlich erforderlich ist und / oder ein entsprechender Beschluss des zuständigen Gremiums vorliegt.

HHArt	UA	M	Beschrieb	€, ca.
VMH	5800		Stadtgarten Umgestaltung	400.000
VMH	6300		Gehweg Rosenheimer Str.-Kaps	210.000
VMH	6300		Umgestaltung Gehweg Eberhardstr. FW bis Valtortagasse	150.000
VMH	8800		Ersatzbau Gemeindehaus Oberndorf	2.800.000
VWH	5910		Besucherinformationssystem Weiher	55.000
VWH	6100		Lärmaktionsplan (STR 14.12.21)	20.000
VWH	3602		Lastenfahrradförderung	5.000
VMH	6300		Ausbau Ortsstraße Zur Gass (früher M585, vgl. IP 2024)	230.000
VMH	7002		Überdachter Aushubplatz (hier auch f. UA6300, 8152, M702)	225.000
VMH	8151		neue Forstleitung (erst ab 2030?!, gedeckt d. Beiträge)	10.000.000
VMH	8152		neue Wasserltg. Wasserburger Str	50.000
VWH	0600		Erneuerung Heizung Rathaus	10.000
VMH	2150		Aufstockung Schule Flosse und Neubau SBET Rotes Haus	3.500.000
VMH	2150		Demontage Interims-Turnhalle	100.000
VWH	3211		Altes Kino Sicherheitsbeleuchtung auf LED	15.000
VMH	5700		Hallenbad; Nachzahlautomat	35.000
VMH	1302		Umbau/Erweiterung Feuerwehrhaus Obdf	3.000.000
VWH	6300		Barrierefreier Umbau Gehweg Sieghartstr. (M1) (u.a. Breitbandausbau abwarten)	85.000
VMH	7004		Zufahrt RÜB 4	20.000
VWH	0520		neue Wahlkabinen	20.000
VWH	6100	502	Erstellung Lärmaktionsplan	20.000
VWH	6100	502	Prüfung Kreisverkehr Amtsgerichtskreuzung	15.000
VWH	8100		Unterstützung Standortsuche WKA auf städt. Flächen; Empf.AK 2030 vom 25.03.2024	15.000

Summen:

Verwaltungshaushalt: 260.000

Vermögenshaushalt: 20.720.000

Gesamt: 20.980.000

#### 4. Investitionen:

Aus dem Investitionsprogramm werden nachfolgend die besonderen Investitionsmaßnahmen aufgeführt. (STR=Stadtrat; FWD=Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Digitales, HHPI=Haushaltsplan; VE = Verpflichtungsermächtigung)

---

##### **HHSt. 2100.9400 M700 Schule und KiTa Oberndorf** **HHSt. 4642.9400 M700 Generalsanierung und Turnhalle**

Pflichtaufgabe

- Baubeginn Sommer 2022.

- Fertigstellung in 2024 erwartet

Kostenschätzung 2019 KG200-800: 7.920.000 €

Kostenberechnung vom 29.07.2021: 10.708.820 €

Stand Kostenverfolgung 03/2025: 15.141.600 €



Lt. Invest.prog. insg.:	15.686.000 €
bis 31.12.2023 verausgabt:	5.401.000 €
in 2024 verausgabt:	4.637.000 €
im Haushalt 2025:	5.648.000 €
bewilligte Zuwendungen gesamt:	3.000.000 €
davon bis 2024 erhalten:	745.000 €
davon in 2025 erwartet:	647.000 €
davon in 2026 erwartet:	1.608.000 €

---

##### **HHSt. 2150.9350 M503 – Digitalisierung Schule**

Zuwendung: 2150.3610 M503

Pflichtaufgabe

Gesamtmittel:	1.443.000 €
Bisher investiert:	455.000 €
Geplant 2025:	439.000 €
Geplant 2026:	177.000 €

Zuwendungen (Digitalpakt) insg.	298.000 €
In 2025 erwartet:	200.000 €
In 2026 erwartet:	98.000 €



---

##### **HHSt. 2150.9400 M1 Aufstockung Schule Floßmannstr.**

Pflichtaufgabe

Durch die Aufstockung sollen voraussichtlich benötigte weitere Klassenzimmer geschaffen werden. Die Maßnahme wurde im Zuge des Haushalts 2025 auf die Warteliste gesetzt, da der Bedarf noch nicht durch den Stadtrat festgestellt wurde.

---

**HHSt. 321.935 / .940 Museum Wald und Umwelt  
Wiederherstellung nach Brand (12/2019)**

Sollaufgabe



a) Wiederherstellung des Gebäudes:

Kosten: 1.203.000 €

Bis 31.12.2024 bez...: 1.993.000 €

Haushalt 2025: 10.000 € für letzte Schlussre.

Versicherungsleistung: insg. 1,016 Mio. €, davon 300.000 € in 2021, Rest 2024

b) Neukonzeption der Ausstellung (Wettbewerb lief in 2021):

Kosten: 860.000 €

Davon in 2022: 82.000 €

Davon in 2023: 199.000 €

Davon in 2024: 268.000 €

Davon in 2025: 279.000 €

Zuwendung: 99.000 € davon 40.000 € in 2022/2023 erhalten.

Versicherungsleistung: 47.269 € in 2021 erhalten.

Die Wiedereröffnung ist Sept. 2025 geplant.

**HHSt. 4644.9400 neue KiTa Ringstr.**

Pflichtaufgabe

An der Ringstraße auf dem Gelände des früheren KiTa St. Benedikt wird ein weiterer Kindergarten in Modulbauweise entstehen, um den künftigen Mehrbedarf an KiTa-Plätzen zu gewährleisten bzw. zunächst bis 2028 als Übergangsdomicil der zu sanierenden KiTa St. Sebastian. Das Grundstück steht im Eigentum der Stadt. Der Baubeginn soll noch in 2025 erfolgen, Fertigstellung Mitte 2027.

Kostenberechnung 10.996.000 €

Gesamt lt. Inv.Prog: 11.577.000 €

Davon bisher (Planung) 457.000 €

2025: 500.000 €

2026: 8.000.000 €

2027: 2.620.000 €

**HHSt. 4649.9880 M901 KiTa St. Sebastian – Abbruch und Neubau**

Pflichtaufgabe

*Kosten für die Tiefgarage sh. UA 8710*

- Das Grundstück gehört der örtlichen katholischen Pfarrkirchenstiftung. Die Erzdiözese München wird die Baumaßnahme durchführen und sich als einziger Träger in Ebersberg mit ca. 1/3 an den Kosten (20,646 Mio €) auch beteiligt.
- Die Kostenberechnung für den Neubau inkl. Zuschlägen beläuft sich auf 20.646 Mio. €
- Der Anteil der Stadt ermäßigt sich um 600.000 EUR für die Stellung des neuen Kindergartens an der Ringstr. als Interimsquartier KiTa St. Sebastian.
- Für die Stadt beläuft sich der Investitionskostenzuschuss somit auf insg. 13,164 Mio. €. Der Stadtrat hat am 05.11.2024 eine entsprechende Kostenübernahme bestätigt.
- Derzeit befindet sich die Stadt hinsichtlich der finalen Finanzierungsvereinbarung in Abstimmung mit der Pfarrei, der Erzdiözese und der Zuwendungsstelle der ROB. Der Vertrag soll in 2025 geschlossen werden.
- Die Bauphase wird sich voraussichtlich von Mitte 2027 (Fertigstellung KiTa Ringstr.) bis Ende 2030 erstrecken.

Im Finanzplan des Haushalts 2025 sind mit Verpflichtungsermächtigung eingestellt:

2028: 2.150.000 € / 2029-2031: 11.014.000 €

Zuwendung vom Land: 2028: 500.000 € / 2029 ff. 3.700.000 €

**HHSt. 5600.9500 Waldsportpark: Erneuerung Kunstrasenplatz**

Sollaufgabe

Der Kunstrasenplatz hat nach 14 Jahren seine Nutzungsdauer erreicht und muss erneuert werden. Kosten: ca. 450.000 €

**HHSt. 5700.9400 M502 - Sanierung Hallenbad**

Pflichtaufgabe hins. Schulbedarf

Baubeginn 01.04.2021, Fertigstellung im Sept. 2024

Kostenschätzung 2019 KG200-800: 7.971.000 €

Kostenschätzung 2021: 8.665.000 €

Kostenfortschreibung 07/2024: 12.104.689 €

Gesamtkosten im Invest.prog.: 13.280.000 €

Bis Ende 2024 verausgabt: 9.687.000 €

im Haushalt 2025: 3.593.000 €



bewilligte Zuwendung (FAG) insg.: 1.200.000 €

davon bisher erhalten: 401.000 €

davon im Haushalt 2025: 456.000 €

2026 (nach Verw.nachw. 2024) 343.000 €

Zudem wurde auf dem Dach in 2024 noch eine Photovoltaik-Anlage errichtet (67.000 €)

**UA 6300/6700/7002/8152 Maßn. 701: Erschließung Friedenseiche 8**

Pflichtaufgabe

Für den Straßenbau, Wasser- und Kanalleitungsbau fallen 2024 – 2026 Kosten in Höhe von 3,528 Mio. € an, die jedoch zu 90% (Straße) bzw. vollständig (Wasser/Kanal) durch Beiträge gedeckt sind. Baubeginn Herbst 2024, Fertigstellung Mitte 2025

**HHSt. 7001.9400 M 1– Ertüchtigung der Kläranlage**

Pflichtaufgabe

- Dies ist aufgrund der gesetzlichen Anforderungen an eine Kläranlage erforderlich
- Erforderlich ist ein Bauwerk, in dem die Filtermattenanlage installiert wird.
- Letztlich werden die Kosten über Beiträge und Gebühren der nächsten 30 Jahre gedeckt.

Kosten: 1.500.000 €, davon in

bisher: 77.000 €

2024: 23.000 €

2025: 200.000 €

2026: 1.200.000 €

**HHSt. 7001.9400 M 2– Kläranlage: Erweiterung Verwaltungsgebäude**

Pflichtaufgabe

Das derzeitige Gebäude für Verwaltung und Labor ist zu klein und muss auch auf den aktuellen technischen Stand gebracht werden.

Kosten: 870.000 €, davon in

2025: 30.000 €

2026: 30.000 €

2027: 780.000 €

2028: 30.000 €

Kostendeckung über Gebühren und Beiträge.



**HHSt. 7002.9500 M1, 2, 3 – Diverse Kanalverlegungen mit Aufweitung** Pflichtaufgabe

Folgende Kanäle müssen in den Jahren 2025-2028 umverlegt und aufgeweitet werden:

Kolpingstr.:	insg. 760.000 €
Ulrich-, Wildermuth-, Pleiningerstr.	insg. 1.975.000 €
Augrund/Ringstr.:	insg. 1.030.000 €
Heinrich-Vogl-Str.	insg. 200.000 €

Kostendeckung über Gebühren und Beiträge.

**HHSt. 8151.9500 – neue Leitung Brunnen-Pumpenhaus**

Pflichtaufgabe

Bei der Wassergewinnung im Forst bei Anzing muss die Leitung zwischen Brunnen und Pumpenhaus dringend erneuert werden.

Kosten: 693.000 € von 2023 bis 2027

**HHSt. 8152.9500 M2-8 – Diverse Wasserleitungsbaumaßnahmen**

Pflichtaufgabe

**Folgende Wasserleitungsbaumaßnahmen stehen von 2024-2027 an:**

Heinrich-Vogl-Str.	466.000 €	
Dükerung Haselbach:	350.000 €	
Wildermuth/Flossm.str.	500.000 €	
Hochriesstr.	180.000 €	
Ringstr./Augrund	174.000 €	
Im Tal	315.000 €	Gesamt somit 1,99 Mio. €

Keine Zuwendungen, Finanzierung durch Gebühren und Beiträge

**HHSt. 8180.9870 M100 Breitbandausbau: Gigabit-Projekt Gewerbegeb. Nord** Sollaufgabe

- Download 1.000 Mbit/s, Upload 200 Mbit/s
- Vertrag mit Telekom zur Errichtung und Betrieb im Mai 2020 geschlossen
- Stadt übernimmt Wirtschaftlichkeitslücke durch Investitionszuschuss.
- Telekom verpflichtet sich, die Maßnahme innerhalb von vier Jahren durchzuführen.  
Zahlung des Investitionszuschusses nach Baufortschritt.
- Die Maßnahme wird 2023 und 2024 durchgeführt

Investitionszuschuss der Stadt:	400.000 € (davon restl. 93.000 € in 2025)
bewilligte Zuwendung Bund:	223.234 € (Breitbandförderung)

**HHSt. 8180.9870 M101 - Breitbandausbau: Erschließung restliche Peripherie** Sollaufgabe

- Es geht hier um die Erschließung der Gebiete rund um Traxl – Hörmannsdorf - Egglburg
- Nach Ausschreibung in 2021 erfolgt Ausbau durch Fa. Bisping.
- Stadt übernimmt die Wirtschaftlichkeitslücke durch Investitionszuschuss.
- Umsetzung erfolgt in 2023 -2025

Investitionszuschuss der Stadt:	3.248.000 € (davon restl. 333.000 € in 2025)
Zuwendung Bund insg.:	1.237.000 €
Zuwendung Land insg.:	742.000 €

**HHSt. 8181.9600 – Mobilfunkmast bei Traxl**

Sollaufgabe

Da im Umfeld von Traxl keine bzw. eine sehr schlechte Netzabdeckung besteht, errichtet die Stadt in 2023 einen Mobilfunkmasts nördlich von Traxl, der Betreibern von Mobilfunknetzen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden soll. Inbetriebnahme Frühjahr 2025 geplant.

Kosten:	748.000 €
Zuwendung:	500.000 €



**4. Kassenlage im abgelaufenen Haushaltsjahr 2024**

**Kassen-Ausgabereste** entstehen nicht.

**Kassen-Einnahmereste:**

	2023	2024	+ / -
Verwaltungshaushalt	264.370,83 €	438.231,21 €	173.860,38 €
Vermögenshaushalt	10.346,20 €	1.836,34 €	-8.509,86 €
<b>Gesamt</b>	<b>274.717,03 €</b>	<b>440.067,55 €</b>	<b>165.350,52 €</b>

**Wesentlicher Posten im Verwaltungshaushalt:**

900.003	Gewerbsteuer	176.075,78 €	386.865,52 €	210.789,74 €
---------	--------------	--------------	--------------	--------------

Bei den Gewerbesteuerforderungen entfallen alleine 230.000 EUR auf eine Veranlagung, die streitgegenständlich war und mittlerweile vom Finanzamt aufgehoben wurde.

Die Kasse bemüht sich fortlaufend durch Mahnung und falls erforderlich Kontenpfändung sowie Einleitung der Zwangsvollstreckung die Zahlungsrückstände beizutreiben.

**Kassenkredite** wurden im Haushaltsjahr 2024 trotz Ausschöpfung der Kassenbestandsverstärkung durch Rücklagen erheblich in Anspruch genommen. Dafür sind Zinsen in Höhe von 48.776,64 EUR entstanden (HHSt. 9100.8070). Grund dafür ist, dass die Darlehen für die Baumaßnahmen erst im Dezember aufgenommen werden konnten, als die tatsächlichen Kosten in 2025 für die Baumaßnahmen absehbar waren.

Überwiegend befand sich der gesamte Rücklagenbestand in der Kassenbestandsverstärkung (§ 20 Abs. 2 Satz 1 und § 57 Abs. 3 Satz 1 KommHV). Sofern es die Liquidität zulässt, werden Beträge als Monatsfestgeld bei den örtlichen Banken angelegt.

Dieser Vorbericht wurde im April 2025 durch den Stadtkämmerer Josef Gibis erstellt.